

Geschäftsbericht

Dataport _____ 2025

01

Rückblick

Brief des Vorstands	4
Die Daten kommen in Bewegung	8
Verwaltung im Wandel	10

02

Aus der Praxis

Virtuelle Wissensvermittlung	13
Gemeinsam schneller vorankommen	16
Im Dienst der Sicherheit	17
Kommunikation im Krisenfall	18
Ein Jahr LLMoin	20
Das Protokoll schreibt sich selbst	21
Digitale Souveränität ist machbar	22

03

Unternehmenskultur

Eine wahre Stärke	25
-------------------	----

04

Innovationen

Wie schützen wir uns in Zukunft?	29
Auf dem Weg zur souveränen Cloud	30
Baukästen für Verwaltungsservices	32

05

Wirtschaftliche Lage

Lagebericht	34
Personal	46
Bilanz	46
Gewinn- und Verlustrechnung	47
Bericht des Verwaltungsrats	48
Mitglieder des Verwaltungsrats	49

Impressum	50
-----------	----

Brief des *Vorstands*

Liebe Leserin, lieber Leser,

nichts geht mehr ohne künstliche Intelligenz – oder? Zumindest ist das Thema sehr präsent, im beruflichen wie im privaten Umfeld. Wir alle haben erste KI-Anwendungen ausprobiert. Wir haben mit Chatbots interagiert, Texte zusammenfassen oder Foliensätze erstellen lassen. Danach kamen komplexere Aufträge an KI-Agenten. KI ist Alltag geworden. Das sieht man auch an unseren Produkten, darunter LLMoin, das Framework zur Nutzung von KI-Algorithmen in der öffentlichen Verwaltung, oder dSprachKI, das KI-Tool für automatisiertes Erstellen von Protokollen.

KI verändert Arbeitsweisen und Geschäftsmodelle, auch in der Verwaltung. Mit KI können wir Ressourcen geschickter einsetzen und Prozesse effizienter gestalten. Das ist ein notwendiger Schritt, um in Zeiten knapper Kassen und des Fachkräftemangels die Produktivität zu halten oder zu steigern. Als nächstes geht es darum, agentische KI in Verwaltungsprozesse einzubinden. Mit unserer KI-Plattform data[port]ai haben wir dafür eine passende Infrastruktur.

Andreas Reichel

Vorstand Technik

Die Nutzung technologischer Möglichkeiten ist nur ein wichtiger Aspekt bei der Entwicklung von KI-Lösungen. Nicht weniger wichtig sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir KI einsetzen können. Dazu zählen der EU AI Act, das gesetzliche Verbot automatisierter Ermessensentscheidungen sowie die Vorgaben zum Datenschutz und zur Mitbestimmung.

KI erfordert Investitionen. Deshalb sind auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung maßgeblich. In Zeiten knapper Kassen ohnehin. Aber war das schon mal anders? Der Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung erfordert föderale Zusammenarbeit, Standardisierung und Nachnutzung. Im Kooperationsverbund Dataport nutzen wir daher unsere IT-Infrastruktur und setzen LLMoin als Framework ein.

Ohne die Akzeptanz der Mitarbeitenden in der Verwaltung wird der KI-Einsatz allerdings an Grenzen stoßen.



Die Möglichkeiten sind faszinierend. Der Blick auf die Entwicklung in der Industrie zeigt jedoch: Das Heben von Effizienzgewinnen durch KI wird die Arbeit verändern. Wir benötigen diese Veränderung, um den Fachkräftemangel auszugleichen. Gleichzeitig wird KI bestimmte Tätigkeiten ersetzen und allein dadurch die Arbeit verändern.

Derweil stehen wir vor der Herausforderung, die digitale Souveränität von Dataport und die der Verwaltung zu wahren. Für den Einsatz von KI aus einem Drittstaat besteht das Risiko, dass dieser den Zugang aus (handels-)politischen Erwägungen abschaltet. Bereits das Androhen würde die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat gefährden. Solche Szenarien sind keineswegs unrealistisch, wie das Beispiel des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag zeigt, der plötzlich keinen Zugang mehr zu seinem E-Mail-System hatte. Zuvor hatte die US-amerikanische Administration ihn mit Sanktionen belegt. →

Silke Tessmann-Storch

Vorständin Lösungen



Torsten Koß

Vorstand Digitale Transformation

Zum Schutz digitaler Souveränität ist es wichtig, starke europäische KI-Algorithmen zu haben und einzusetzen. Dies ist eine industriepolitische Aufgabe, die auf allen politischen Ebenen umfassend unterstützt werden muss. Dataport verfolgt eine Strategie der digitalen Souveränität: Hinter LLMoin werden beispielsweise souveräne Algorithmen eingesetzt. Dataport betreibt KI-Anwendungen für verwaltungssensible Zwecke – trotz der hohen Kosten – auch im eigenen Rechenzentrum, um insbesondere Kunden in den Bereichen Justiz, Polizei und Steuer den Einsatz souveräner KI zu ermöglichen.

Wir befinden uns in einem herausfordernden Transformationsprozess, der zunehmend an Tempo gewinnt und dessen Ende oder Ergebnis derzeit nicht absehbar ist. Als Transformationspartner für die Verwaltung stellen wir die KI-Lösungen zur Verfügung, die zu den Anforderungen unserer Kunden passen. Mit data[port]ai haben wir dazu seit 2019 eine erprobte IT-Infrastruktur und starke fachliche Kompetenzen aufgebaut.



Es gibt nicht den einen Weg, um die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu schützen. Einen erfolgreichen Kurs verfolgt unser Träger Schleswig-Holstein, der seit Jahren auf Open-Source-Lösungen setzt. Wir unterstützen ihn dabei. Im Jahr 2025 begann das Land, seine proprietäre E-Mail-Infrastruktur abzulösen. Der Wechsel auf Open-Source-Software verlief jedoch nicht ohne Schmerzen – sowohl für die Beschäftigten als auch für uns. Zehntausende Postfächer wurden reibungslos migriert, aber uns sind auch Fehler passiert. Einige Behörden konnten temporär nicht auf E-Mails zugreifen. Heute läuft das System stabil. So schmerzhaft dieser Change war, die Maßnahme hat die digitale Souveränität Schleswig-Holsteins gestärkt. Und wir haben nun die Fähigkeit, eine solche Umstellung erfolgreich zu gestalten.

Neben dem Einsatz von Open-Source-Produkten verfolgen wir weitere Strategien: Wir setzen bei der Beschaffung auf verschiedene Partner und technische Systeme. Und wenn ein Kunde eine Lösung nicht in unserem eigenen, IT-Grundschutz zertifizierten Rechenzentrum betreiben möchte,



Cristina Tuik

Vorständin Ressourcen

arbeiten wir mit Partnern in Deutschland oder Europa zusammen, denen die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung ebenfalls ein besonderes Anliegen ist.

Die geopolitischen Rahmenbedingungen wirken sich nicht nur auf die digitale Souveränität und die Frage der Resilienz aus. Sie berühren auch die wirtschaftliche Lage im Land. Sie stagniert derzeit und führt zu geringeren Steuereinnahmen. Das hat auch Auswirkungen auf die Digitalisierung der Verwaltung: Mit weniger Geld muss mehr erreicht werden. Dataport stellt sich entsprechend auf. Und das auch mit zusätzlicher Expertise: Seit September 2025 ist Cristina Tuik Vorständin Ressourcen. Sie verantwortet die Bereiche Personal, Service, Finanzen, Einkauf und Produktmanagement. Das ist ein Gewinn für Dataport, für unsere Träger und Kunden. Zum Jahreswechsel wird Matthias Kohlhardt den Vorstandsvorsitz übernehmen. Er folgt auf Johann Bizer, der das Unternehmen im kommenden Jahr aus Altersgründen verlässt.

Die Zufriedenheit unserer Kunden mit unseren Leistungen ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir gestalten deshalb die Zusammenarbeit mit und zwischen unseren Kunden einfacher. Unsere Organisation haben wir stärker auf Kundenbedürfnisse ausgerichtet, indem wir Geschäfts- und Produktbereiche eingeführt haben. Wir etablieren klare und einfache Kommunikationswege sowie zentrale Ansprechpersonen. Interne Prozesse verbessern wir, um die Kundenzufriedenheit zu steigern.

Unser Modell der föderalen IT-Kooperation überzeugt. So hat sich das Land Berlin entschieden, dem länderübergreifenden Steuerverbund bei Dataport beizutreten. Damit werden wir mit unserem Data Center Steuern zukünftig für sieben Länder Steuer rechnen. Ein erfolgreicher Zuwachs ist auch die Justiz Mecklenburg-Vorpommerns, die ihre wesentlichen Verfahren 2025 in unser Data Center Justiz verlagert hat. Eine Bestätigung für die bereits bestehenden Kooperationen in den Bereichen Steuer und Justiz.

Kooperation ist auch außerhalb unseres IT-Verbunds ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung. Ein Vorzeigeprojekt ist die Deutsche Verwaltungswolke (DVC), eine Plattformarchitektur öffentlicher IT-Dienstleister für digital souveräne Cloud-Services. Dataport ist daran maßgeblich beteiligt und bringt insbesondere das eigene Rechenzentrum sowie seine Multi-cloud-Kompetenzen ein. In der DVC soll der Deutschland-Stack betrieben werden, eine Technologieplattform, die Bausteine für digitale Verwaltungsdienste für Bund, Länder und Kommunen bereitstellt.

Auch in herausfordernden Zeiten zeigt sich die Stärke von Dataport darin, wie wir Veränderungen gestalten und an unseren zahlreichen Erfolgen. Diese wären ohne das Engagement unserer Mitarbeitenden sowie das Vertrauen und die Unterstützung unserer Träger und Kunden nicht möglich gewesen. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich. ■



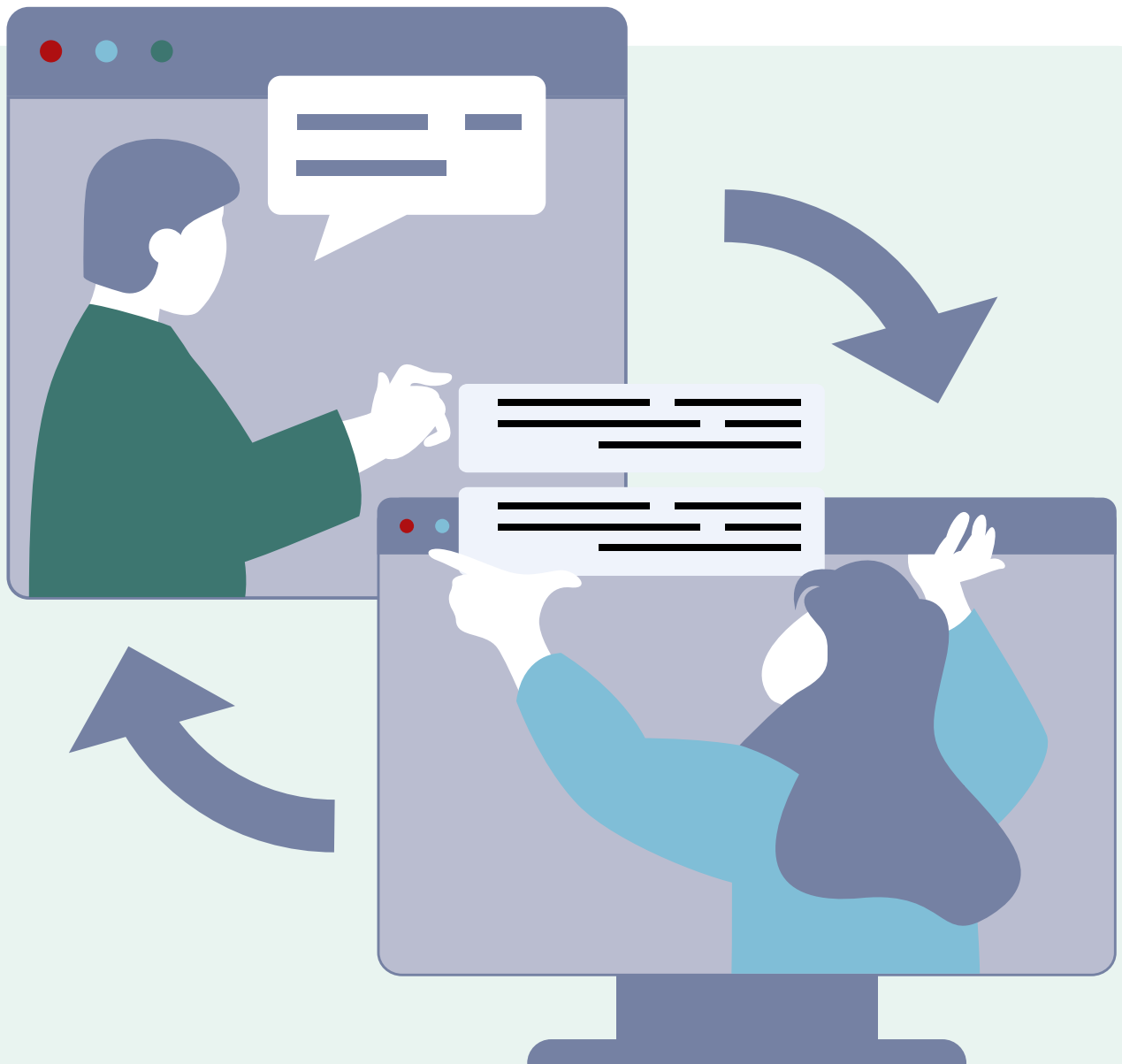
Dr. Johann Bizer

Vorsitzender des Vorstands

“ KI für die Verwaltung erfordert Investition und föderale IT-Kooperation. Unsere Träger nutzen data[port]ai, eine Infrastruktur, die auch andere nachnutzen können.“

Die Daten kommen in *Bewegung*

Anträge stellen, ohne Daten immer wieder neu einzugeben – das ist das Once-Only-Prinzip. Dafür sollen Verwaltungen Daten untereinander austauschen können. Nach Vorarbeiten im Jahr 2025 gelang der erste erfolgreiche Datenabruf Anfang 2026 über das Nationale Once-Only-Technical-System. Dataport ist an der Umsetzung beteiligt.



Wer in Korntal-Münchingen einen Bewohnerparkausweis beantragen möchte, kann dies seit Anfang 2026 vollständig online erledigen. Der Fahrzeugschein, der bisher beim Termin im Amt vorgelegt werden musste, kann nun automatisch aus dem Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamts (KBA) abgerufen werden. Die Antragstellenden geben lediglich ihr Einverständnis, den Rest erledigt die Verwaltung digital. Die relevanten Daten werden direkt in das Onlineformular übertragen. Der Gang zum Amt entfällt.

Was selbstverständlich klingt, ist ein Meilenstein für die digitale Verwaltung. Korntal-Münchingen, eine Stadt mit rund 20 000 Einwohnern im Kreis Ludwigsburg, hat als erste Kommune das Nationale Once-Only-Technical-System (NOOTS) genutzt. Das NOOTS ist die technische Infrastruktur, die erstmals den automatisierten und sicheren Austausch von Registerdaten zwischen Behörden ermöglicht.

Drehscheibe für Daten

Die erste funktionsfähige Basisversion des NOOTS wurde 2025 unter Beteiligung von Dataport entwickelt. Fachlich koordiniert wird die Umsetzung des NOOTS von der Föderalen IT-Kooperation, das Bundesverwaltungsamt ist für die Errichtung und den Betrieb verantwortlich. Dataport stellt die Infrastruktur für das System im eigenen, vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zertifizierten Rechenzentrum bereit. Im Auftrag des IT-Planungsrats wird NOOTS kontinuierlich weiter ausgebaut. Ziel ist es, das NOOTS bis Ende 2026 technisch für den Flächen-Roll-out zu befähigen, damit perspektivisch alle relevanten Register angeschlossen werden können.

Das NOOTS fungiert als zentrale Drehscheibe. Verwaltungen können mithilfe ihrer Onlinedienste bereits vorliegende Nachweise über sichere Anschlussknoten direkt aus den jeweiligen Registern abrufen. Die Daten werden automatisiert in die Antragsformulare übertragen – schnell, sicher und ohne Medienbruch.

Schrittweise vernetzt

Die Einführung des NOOTS ist ein bedeutender Baustein der Registermodernisierung, die 2021 mit dem Registermodernisierungsgesetz beschlossen wurde. Sie ist eines der zentralen Projekte, um Verwaltungsprozesse durchgängig digital zu gestalten. Vereinfacht gesagt bedeutet das Once-Only-Prinzip, dass Verwaltungen für Anträge bereits vorhandene Daten, beispielsweise Fahrzeugdaten für Bewohnerparkausweise, aus entsprechenden Registern abrufen können.

Für den übergreifenden Datenabruf müssen die Register digitalisiert sein und ihre Daten maschinenlesbar vorliegen – eine Herausforderung angesichts der heterogenen IT-Strukturen in Deutschland. Allein auf kommunaler Ebene existieren mehr als 5000 Melderegister. Bei der Modernisierung und Anbindung dieser Register unterstützt Dataport seine Träger.

Im Fokus stehen dabei zunächst Melde- und Personenstandsregister, Gewerberegister sowie die Datenbestände der Agentur für Arbeit, der Rentenversicherung und des KBA. Das Beispiel Korntal-Münchingen zeigt: Die technische Vernetzung funktioniert. Eine Kommune im Süden kann nun direkt auf Daten eines Registers im Norden zugreifen. Das spart Zeit, reduziert Aufwand und bringt die Digitalisierung der Verwaltung einen entscheidenden Schritt voran. ■

Verwaltung im *Wandel*

Neue digitale Angebote und effiziente Verfahren vereinfachen Verwaltungsprozesse, erleichtern den Zugang zu Leistungen und entlasten die Beschäftigten in der Verwaltung. Diese Projekte zeigen, was möglich ist.

Wohngeld per App beantragen

Den Wohngeldantrag sicher und einfach mit dem Smartphone oder dem Tablet erledigen – in Hamburg ermöglicht das die Wohngeld-App. Darin können Bürgerinnen und Bürger ihre Anträge und Nachweise hochladen. Auch Mitteilungen und Bescheide werden direkt in der App bereitgestellt. Wer sich registrieren möchte, benötigt ein zentrales Bürgerkonto, die sogenannte BundID, und einen Onlineausweis. Dataport hat die App gemeinsam mit der Firma Diona im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg entwickelt. Zukünftig sollen weitere Kommunen in den Trägerländern von Dataport die Lösung einsetzen können. Seit dem Start der Wohngeld-App in Hamburg sind bereits mehr als 1500 Anträge über diesem Weg eingegangen. ■

Ordnungswidrigkeiten effizient bearbeiten

Seit Juni 2026 bearbeiten die sieben Bezirksämter der Freien und Hansestadt Hamburg Ordnungswidrigkeiten mit der Fachlösung Dataport.OWI. Damit erfüllen sie die gesetzlichen Vorgaben, Akten elektronisch zu führen und zu übermitteln. Die Vorbereitungen für die Anbindung erfolgten bereits im Jahr 2025.

Die Bezirksämter müssen tagtäglich ein breites Spektrum an Ordnungswidrigkeiten bearbeiten – von nächtlichen Ruhestörungen über illegale Müllablagerungen bis hin zu Verstößen gegen den Nichtraucherschutz. Um die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben der Ämter optimal zu unterstützen, hat Dataport in Analysen und Praxistests die spezifischen Anforderungen ermittelt und die Fachlösung gezielt weiterentwickelt.

Rund 300 Mitarbeitende in den Bezirksämtern profitieren nun von der Umstellung auf Dataport.OWI: Ordnungswidrigkeiten werden vollständig digital und damit deutlich effizienter bearbeitet. Die Papierakte gehört der Vergangenheit an. Viele Prozesse laufen heute automatisiert ab – eine spürbare Erleichterung bei jährlich rund 10 000 Fällen.

Die Bußgeldstelle der Hamburger Behörde für Inneres und Sport (BIS) nutzt Dataport.OWI bereits seit 2011. Allein im Jahr 2025 bearbeitete die BIS rund zwei Millionen Ordnungswidrigkeiten mit Dataport.OWI. ■

Nachweise aus der Cloud abrufen

Daten nur einmal angeben und alle Behörden können bei Anträgen darauf zugreifen – das ist das Ziel der Registermodernisierung. Voraussetzung dafür ist, dass die Registerdaten aktuell, sicher und standardisiert abrufbar sind. Hier setzt das Prinzip Register-as-a-Service an, kurz RaaS. Dafür werden sämtliche Datensätze zentral in einem Cloudregister gespeichert statt in dezentralen Registern einzelner Verwaltungen. In der Cloud sind die Daten rund um die Uhr verfügbar und werden bei Änderungen sofort aktualisiert.



Dazu entwickeln beispielsweise das Land Schleswig-Holstein und der IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITV.SH) eine Online-Register-Plattform. Sie wird voraussichtlich ab dem dritten Quartal 2026 im Rechenzentrum von Dataport betrieben. Diese Plattform war auch die Grundlage für die Teilnahme von Dataport an einem Innovationswettbewerb von GovTech Deutschland und der Fitko im Jahr 2025. Gemeinsam mit mehreren Partnern, darunter der ITV.SH und Adesso, hat Dataport einen Prototyp für eine cloudbasierte Registerlösung entwickelt. Zwar wurde der Wettbewerb nicht gewonnen, die Arbeitsergebnisse fließen dennoch in die Praxis ein: Dataport pilotiert gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg ein RaaS-basiertes Melde-register. Parallel dazu arbeitet Dataport zusammen mit Schleswig-Holstein und dem ITV.SH an weiteren kommunalen Anwendungsfällen für das RaaS-Prinzip. ■

Beihilfe digital beantragen

Mit der App dBeihilfePlus können Beihilfeberechtigte ihre Belege schnell und einfach per App einreichen, statt diese postalisch zu versenden. Die von Dataport entwickelte App kam erstmals im August 2025 in Brandenburg zum Einsatz, weitere Länder folgten. Heute ist sie in fünf Bundesländern verfügbar.

Die App trifft einen Nerv: Mehr als 85 000 Berechtigte haben sich bereits registriert. Inzwischen laufen etwa 45 Prozent der Anträge über dBeihilfePlus. Mitte Mai 2026 waren bereits mehr als 375 000 Beihilfeanträge mit über einer Million Einzelbelegen über die App eingegangen.

Die Beihilfe übernimmt im Krankheits- oder Pflegefall einen Teil der anfallenden Kosten. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der beamtenrechtlichen Versorgung in Deutschland. ■



Belege fotografieren und hochladen – das geht jetzt einfach mit dem Smartphone und der App dBeihilfePlus.

o2

AUS DER PRAXIS





KULTUR

Virtuelle Wissensvermittlung

Kulturschaffende müssen die Geschichten von Kunstwerken und Kulturgütern auf begrenztem Raum vermitteln. Die Inhalte sind oft vielschichtig, die Konzeption von Ausstellungen schwierig. Hinzu kommt, dass nicht alle historischen Schätze erhalten sind. Eine Lösung: digitale Räume schaffen und die Vergangenheit virtuell rekonstruieren.

Augmented Reality (AR) eröffnet neue Möglichkeiten, Kunst und Kultur anschaulich zu vermitteln – sowohl in Museen, Ausstellungsräumen und historischen Gebäuden als auch im öffentlichen Raum. Denn die Technologie projiziert digitale 3D-Modelle in reale Umgebungen. Das bedeutet, wer eine AR-Anwendung

nutzt, sieht beispielsweise historische Objekte auf dem Smartphone oder dem Tablet direkt vor sich. Das Kultur.Kompetenzzentrum von Dataport hat genau so eine Lösung entwickelt: dKulturAR wird bereits in drei Kultureinrichtungen eingesetzt. →



„Heiligenhafen erzählt“

Eine Reise durch die Zeit

Ausgangslage: Im Heimatmuseum Heiligenhafen, an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste, hängt eine dreieckige Seidenfahne mit chinesischen Schriftzeichen. Sie ist ein besonderes Ausstellungsstück im Themenbereich Schifffahrt. Wie gelangte sie an genau diesen Ort? Was macht sie so außergewöhnlich? Und wie lässt sich ihre Bedeutung für die Stadtgeschichte möglichst anschaulich vermitteln?

Lösung: Dataport hat eine Smartphone-App mit AR-Funktion entwickelt, mit der Besucherinnen und Besucher die Geschichte der Seidenfahne spielerisch und interaktiv entdecken können. Dabei erhalten sie weiterführende Informationen zu dem Exponat.

Ergebnis: Die App „Heiligenhafen erzählt“ erweitert den analogen Ausstellungsraum und ergänzt Informationen zu Exponaten wie der Seidenfahne, die im Mittelpunkt der Anwendung steht. Museumsgäste schlüpfen mithilfe der App in die Rolle des Kapitäns Rudolf Maßmann, der die Fahne Ende des 19. Jahrhunderts aus China von einer Schiffsreise mitbrachte.

Die App ist eine Maßnahme, die das Kultur.Kompetenzzentrum im Rahmen der digitalen Transformation des Museums im Jahr 2025 umgesetzt hat. Dabei entstanden außerdem virtuelle Rundgänge durch das Museum, die Stadtkirche und das Rathaus der Kleinstadt. Zudem hat Dataport ein neues Corporate Design und eine moderne Website für das Heimatmuseum entwickelt.

Jetzt entdecken:
die neue Website des
[Museums Heiligenhafen](#)

„Die Drostei – Immerse Yourself“

Ein Besuch im Zeitalter des Barock

Ausgangslage: Die Drostei, ein denkmalgeschütztes Stadtschloss aus dem Jahr 1767, steht mitten in der Pinneberger Innenstadt. Der Barockbau beherbergt das Kulturzentrum des Landkreises. Im 18. Jahrhundert wohnten und arbeiteten hier Landdroste. Sie waren als Verwaltungsbeamte direkt dem dänischen König unterstellt. 1929 zog das staatliche Katasteramt ein. Von 1933 bis 1938 wurde die Drostei von den Nationalsozialisten als Versammlungsort genutzt. Bis in die 1950er-Jahre hinein erlebte das Innere des Gebäudes viele Umbauten und Anpassungen. Wie lassen sich die nicht mehr sichtbaren Raumzustände rekonstruieren?

Lösung: Eine AR-App zeigt, wie die Räume zu Zeiten der Landdroste eingerichtet gewesen sein könnten. Zeitgenössische Möbel, Dekoration und Gemälde am Originalschauplatz schaffen eine authentische Atmosphäre.

Ergebnis: Die App „Die Drostei – Immerse Yourself“ lässt die historische Inneneinrichtung des geschichtsträchtigen Hauses auf dem Smartphone erscheinen. In verschiedenen Szenen sind Möbel, Gemälde und Dekoration dargestellt. Die Räume, in denen die Besucherinnen und Besucher sich mit der App umsehen können, sind leer. Dadurch wirken die digitalen Abbilder der historischen Objekte noch authentischer. 2025 kamen zwei neue Funktionen hinzu: Mit einem speziellen Filter können Nutzende in verschiedene Gemälde eintauchen und Teil der dargestellten Szenen werden. Wer durch das Smartphone aus dem Fenster schaut, sieht den Drosteipark, wie er vor rund 200 Jahren war. Entwickelt wurde die App vom Kultur.Kompetenzzentrum gemeinsam mit Pinneberger Schülerinnen und Schülern.

Mehr erfahren über die App

[„Die Drostei – Immerse Yourself“](#)



„Stolpersteine Digital“

Erinnerung bewahren

Ausgangslage: Bundesweit gibt es etwa 90 000 Stolpersteine. Sie sind unauffällig, aber bedeutsam, denn sie erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus. Dafür tragen sie deren Namen und Geburtsjahr, oft das Jahr der Deportation und das Todesdatum. Genauer zum Schicksal der jeweiligen Person bleibt unbekannt. Zeitzeugen fehlen zunehmend.

Lösung: Eine digitale Datenbank mit Informationen zu allen Menschen, denen ein Stolperstein in Deutschland gewidmet ist, zugänglich über eine App. Interessierte erfahren darin mehr über die Lebens- und Leidensgeschichten der vielen NS-Opfer in Deutschland.

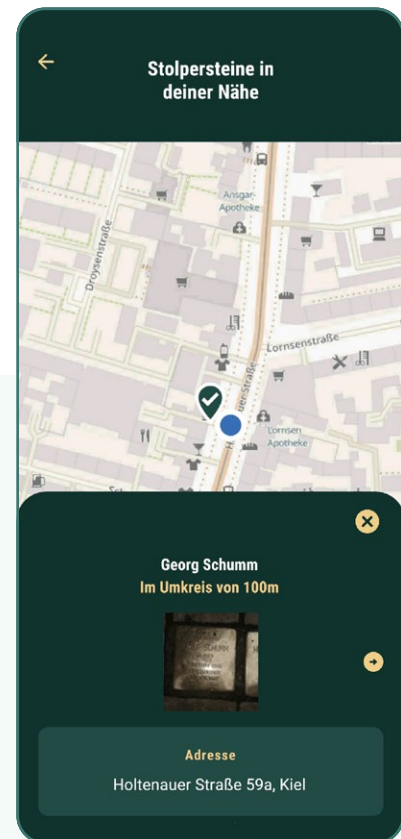
Ergebnis: Mit der App „Stolpersteine Digital“ entsteht erstmals eine übergreifende Datenbank, in der die Datensammlungen der Landeszentralen für politische Bildung aus ganz Deutschland und die vieler ehrenamtlicher Stolperstein-Initiativen vereint sind. Seit 2024 ist die App in Schleswig-Holstein und Bremen erfolgreich im Einsatz: Alle Stolpersteine wurden

erfasst. 2025 kamen Pilotregionen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hinzu. Inzwischen wird die App bundesweit eingeführt, sodass bis Ende 2027 möglichst alle Gedenksteine in Deutschland erfasst sein sollen.

Nutzerinnen und Nutzer können mehr über die Menschen herausfinden, an die erinnert wird. Dafür scannen sie mit der Kamera ihres Smartphones die Stolpersteine. Die App stellt daraufhin Biografien der NS-Opfer bereit und trägt so maßgeblich zur Erinnerungskultur bei. Wer möchte, kann mithilfe von AR eine virtuelle Kerze am Stolperstein hinterlassen. Sie brennt sieben Tage lang und ist für andere sichtbar.

„Stolpersteine Digital“ wurde vom Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein beauftragt, wird aktuell in Kooperation mit weiteren Landeszentralen für politische Bildung weiterentwickelt und von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Dataport hat die App technisch umgesetzt und grafisch gestaltet. ■

Hier gibt es mehr Infos zur App
 [„Stolpersteine Digital“](#)



Gemeinsam schneller vorankommen

IT-Konsolidierung schont Ressourcen und macht die öffentliche IT zugleich sicherer und effizienter. Aus diesem Grund betreibt Dataport Infrastrukturen und Verfahren für mehrere Länder und fördert gezielt die Nachnutzung bewährter Lösungen.

Ein Rückblick in Zahlen:

~ **11 000** Arbeitsplätze

der Steuerverwaltung Niedersachsen hat Dataport allein in 2025 auf den dSteuerClient umgestellt. Diese Umstellung ist Teil des Projekts Steuer-VIT: Gemeinsam mit Dataport modernisiert und standardisiert die niedersächsische Steuerverwaltung im Rahmen dieses Projekts die IT-Ausstattung aller Finanzämter des Landes.

Für **9**

Bundesländer

betreibt Dataport Mahnverfahren. Seit 2025 gehört auch Bayern dazu.



3

Fachgerichte
des Landes
Sachsen-Anhalt

hat Dataport 2025 an die E-Akte angebunden. In der ersten Hälfte des Jahres 2026 kamen neun weitere Fachgerichte hinzu. Sachsen-Anhalt arbeitet mit dem E-Akten-System e²A, das Dataport auch für die Stadt Bremen betreibt.

> **2100**

Beschäftigte



der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten mit Lösungen, die Dataport in seinem Data Center Justiz für das Land betreibt. Dazu zählen drei große Fachverfahren der Gerichte und Staatsanwaltschaften, das E-Akten-System und die Kommunikationsplattform. In 2026 kommen weitere Fachverfahren des Handelsregisters und der Justizvollzugsanstalten hinzu.

> **240 000**

Ummeldungen

haben Bürgerinnen und Bürger bundesweit über den Onlinedienst elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA) bis Ende 2025 beantragt – vollständig digital. Dataport hat eWA im Auftrag der Senatskanzlei Hamburg entwickelt.

Im *Dienst* der Sicherheit

Von der Einsatzplanung bis zur forensischen Auswertung von Beweismitteldaten – Leitstellen und Ermittlungsbehörden benötigen moderne IT-Lösungen für ihre Arbeit. Wie Dataport sie dabei unterstützt, zeigen die folgende zwei Projekte.

Update für die Hamburger Einsatzleittechnik

Die Einsatzleitstellen von Polizei und Feuerwehr müssen Notrufe rund um die Uhr zuverlässig entgegennehmen und ihre Einsätze koordinieren. Dazu benötigen sie eine moderne und ausfallsichere Einsatzleittechnik. Im Rahmen des Hamburger Programms zur Erneuerung der Leitstellen von Feuerwehr und Polizei, kurz PERLE, bringt Dataport Technik und Systeme auf den neuesten Stand.

Die Einsatzleittechnik besteht aus drei zentralen Systemen: Mit dem Einsatzleitsystem und dem Geoinformationssystem koordinieren die Mitarbeitenden in den Leitstellen die Einsätze. Ihr Ziel ist es, sicherzustellen, dass Polizei oder Feuerwehr so schnell wie möglich vor Ort sind. Das Kommunikationssystem gewährleistet den Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern in Not und stellt sicher, dass Leitstellen und Einsatzkräfte rund um die Uhr im Austausch miteinander sind. Dataport betreibt die Einsatzleittechnik seit 2025 in seinem BSI-grundschutzkonformen Rechenzentrum. ■

Digitale Spurensuche

Dataport entwickelt gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA) eine Beweismittelcloud. Ziel ist, digitale Beweismittel für Polizei und Justiz in Niedersachsen effizient und sicher zu speichern, aufzubereiten, zu analysieren und zu übermitteln.

Digitale Beweismittel spielen in Ermittlungsverfahren eine immer größere Rolle. Sie stammen beispielsweise von Smartphones, PCs oder Überwachungskameras. In einzelnen Verfahren werden häufig mehrere Terabyte an Daten aus zahlreichen Quellen beschlagnahmt. Ermittlungsbehörden müssen diese Daten in kurzer Zeit sichten und forensisch auswerten.

Die Beweismittelcloud ist speziell auf solche Anforderungen der Strafverfolgung ausgerichtet. Sie unterstützt die Analyse und Strukturierung großer Datenmengen in einer Cloud-Umgebung. Dabei wird eine lückenlose Beweismittelkette sichergestellt, die auch einer gerichtlichen Prüfung standhält. Künstliche Intelligenz wird gezielt eingesetzt, um Auswertungen zu beschleunigen und zu verbessern.

Technische Grundlage der Beweismittelcloud ist die IT-Forensik-Plattform Hansken. Diese Plattform wurde vom Niederländischen Institut für Forensik (NFI) entwickelt und ist international im Einsatz. Dataport ist in Deutschland der zentrale Kooperationspartner des NFI.

Die Weiterentwicklung der Plattform erfolgt gemeinschaftlich. Behörden, die neue Komponenten entwickeln, stellen diese oft der Community zur Verfügung. So profitieren alle Beteiligten innerhalb dieses Netzwerks von praxisnahen Innovationen und einer kontinuierlichen Verbesserung der Lösung. ■



Mehr als

130

Polizeifachverfahren betreibt Dataport in seinem Data Center Polizei. Es ist ein besonders gesicherter Bereich im Rechenzentrum, speziell für die Aufbewahrung und Verarbeitung sehr sensibler Daten.

Kommunikation im *Krisenfall*

Anfang 2026 sorgte ein Anschlag auf eine Stromversorgungsleitung in Berlin für einen mehrtägigen Blackout. Auch die Kommunikationsinfrastrukturen waren betroffen: Internet und Mobilfunk fielen aus. In Schleswig-Holstein sind die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auf solche Ernstfälle vorbereitet.

Wenn der Strom ausfällt, kann die Kommunikation über Telefon, Internet oder Mobilfunk zusammenbrechen. Die Telekommunikation gehört zur sogenannten kritischen Infrastruktur (KRITIS), weil viele Bereiche auf verlässliche Kommunikationsnetze angewiesen sind. Dazu zählen beispielsweise Energieversorgung, Gesundheitswesen, Verkehr und Finanzsysteme. Aber auch Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gehören dazu, etwa die Polizei, die Feuerwehr, Rettungsdienste und der Katastrophenschutz.

Allerdings sind es gerade diese Behörden und Organisationen, die im Ernstfall Informationen austauschen, Warnungen verbreiten und Hilfsmaßnahmen koordinieren müssen. Eine funktionierende Kommunikation ist entscheidend für die Sicherheit der Bevölkerung. Bereits kurze Ausfälle der Kommunikationsnetze können die Reaktionszeiten der Einsatzkräfte verzögern und Einsätze erschweren. Um die Handlungsfähigkeit der BOS jederzeit zu gewährleisten, stärkt Schleswig-Holstein die Kommunikationsinfrastruktur mit gezielten Schutzmaßnahmen.

Hotspot für den Küstenschutz

Die Bundesregierung schätzt die Gefährdungslage für Anschläge wie in Berlin als hoch ein. Auch Naturkatastrophen wie Sturmfluten und Hochwasser können die kritische Infrastruktur beeinträchtigen. Schleswig-Holstein – mit zwei Küsten und vielen Binnengewässern – hat deshalb als eines der ersten Bundesländer 5G-Campusnetze errichtet. Dabei handelt es sich um geschlossene, lokale Mobilfunknetze, die unabhängig vom öffentlichen Stromnetz betrieben werden können.

Gemeinsam mit Dataport hat das Land vier dieser lokalen Netze an verschiedenen Orten eingerichtet, eines davon auf dem Gelände des Landesbetriebs für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) in Husum. Zusätzlich gibt es eine mobile 5G-Funkzelle, die bei Großveranstaltungen oder in akuten Krisensituationen eingesetzt werden kann.

Jedes Campusnetz ist auf ein bestimmtes geografisches Gebiet begrenzt, beispielsweise das Gelände des LKN. So können die Netze gezielt an die Anforderungen vor Ort angepasst werden, etwa in Bezug auf Sicherheit, Verfügbarkeit oder Datenübertragung. Nur Geräte und Personen innerhalb des Versorgungsgebietes können sich mit dem Netz verbinden. Vor Zugriffen von außen ist es geschützt. Für den LKN bedeutet das: Sollte beispielsweise aufgrund einer Sturmflut das öffentliche Mobilfunknetz ausfallen, kann der Küstenschutz über das Campusnetz Pegelstände abrufen, Lagebilder versenden und Einsätze koordinieren.



Funknetz für den Notfall

Neben den Campusnetzen ist Dataport bereits seit 2012 am Betrieb eines digitalen Funknetzes nach dem internationalen Standard Terrestrial Trunked Radio (TETRA) beteiligt. Es besteht aus 170 Basisstationen, die in ganz Schleswig-Holstein verteilt sind. Dieses TETRA-Digitalfunknetz ist durch Dataport an ein krisensicheres zentrales Kernnetz angeschlossen. Trunked Radio bedeutet auf Deutsch Bündelfunk. Dabei werden Kanäle nur für die exakte Dauer der Sprach- oder Datenübertragung belegt. So können hunderte Nutzerinnen und Nutzer gleichzeitig über dieselbe Frequenz funken. In klassischen Systemen blockiert ein Dauergespräch den Kanal für alle anderen.

Zusätzlich hat Dataport an allen BOS-Standorten in Schleswig-Holstein eine autarke unterbrechungsfreie Stromversorgung realisiert. Im Projekt „Netzhärtung BOS-Digitalfunk“, das 2025 abgeschlossen wurde, installierte Dataport stationäre Netzersatzanlagen, die einen flächendeckenden Betrieb von mindestens 72 Stunden gewährleisten. So ist die Funktionsfähigkeit des BOS-Digitalfunks bei einem Blackout von der ersten Minute an abgesichert. Bei einem längeren Stromausfall würde eine sogenannte „Nachbetankung“ erfolgen, um den Betrieb über 72 Stunden hinaus sicherzustellen.



Die Vorteile des BOS-Digitalfunknetzes

Gruppenkommunikation:

Anders als bei einem analogen Funknetz können Nachrichten gleichzeitig an mehrere Empfänger gesendet oder Gruppen zusammengeschaltet werden.

Sicherheit:

Bei Verlust oder Diebstahl können Endgeräte jederzeit gesperrt werden.

Hohe Verfügbarkeit:

Alle Systemkomponenten sind für einen autarken Betrieb über 72 Stunden ausgelegt.

Begrenzte Bandbreite:

Ermöglicht eine zuverlässige Übertragung von GPS-Daten, beispielsweise von Einsatzfahrzeugen.



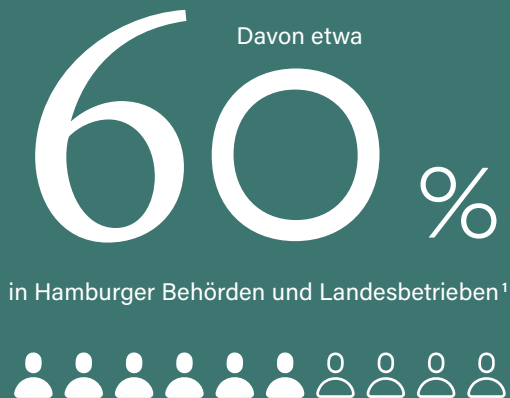
Hier gibt es mehr Infos zum Thema

 [BOS-Digitalfunk.](#)

So hat Schleswig-Holstein mithilfe von Dataport eine eigene, unabhängige und resiliente Kommunikationsinfrastruktur geschaffen. Ein wichtiger Schritt, um angemessen auf ein Schadensereignis wie ein Blackout vorbereitet und im Ernstfall schnellstmöglich wieder handlungsfähig zu sein. ■

Ein Jahr LLMoin

Im Dezember 2025 war der KI-Assistent ein Jahr lang im Einsatz. Zum Jubiläum hatte LLMoin mehrere zehntausend Nutzerinnen und Nutzer. Wie viele sind es aktuell? Und wie unterstützt das Tool bei der täglichen Arbeit? Diese Zahlen und Fakten geben Aufschluss.



Die Freie und Hansestadt Hamburg hat 2023 die Entwicklung von LLMoin initiiert und den KI-Assistenten gemeinsam mit Dataport sowie weiteren Partnern entwickelt. Kurz darauf wurde das KI-Tool auch von Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz eingeführt. Die Landesverwaltung Sachsen-Anhalts schloss sich mit einem Pilotprojekt an. Inzwischen ist LLMoin auch für Kommunen verfügbar. Dafür hat Dataport ein nutzerbezogenes Abrechnungsmodell entwickelt. Außerdem ist eine schnelle Betriebsbereitschaft innerhalb von nur vier bis sechs Wochen möglich.



Die beliebteste Funktion?
Das freie Prompten. Dahinter folgen die Inhaltsgenerierung, das Zusammenfassen und die Recherche.¹

- ¹ Dataport, Mai–Juni 2026
- ² Senatskanzlei Hamburg, Umfrage unter 3432 Beschäftigten, 2025

Das *Protokoll* schreibt sich selbst

Eine Stunde Strafgerichtsverhandlung Wort für Wort transkribieren, inklusive Schlagwörter und Zusammenfassung: Ein Mensch braucht dafür einen ganzen Arbeitstag – ohne Pausen einzulegen. Mit dSprachKI ist die Transkription in wenigen Minuten erledigt. Neben der Justiz gibt es viele weitere Einsatzgebiete.

Ein Transkriptionstool, das vor Gericht gehört: Mit dieser Idee hat die Geschichte von dSprachKI begonnen. Entstanden ist das Tool in einer Zusammenarbeit zwischen Dataport und IBM Deutschland. Aus der gemeinsamen Idee wurde innerhalb weniger Wochen ein Prototyp – und aus dem Prototyp ein BSI-zertifiziertes KI-Tool für den sicheren Einsatz in Justiz und Verwaltung. Mittlerweile ist dSprachKI produktiv im Einsatz.

Spracherkennung und mehr

Die technische Grundlage für dSprachKI ist die KI-Technologie Automatic Speech Recognition, also die automatische Spracherkennung. Sie sorgt für die präzise Transkription. Für dSprachKI fiel die Wahl auf das Open-Source-Modell Whisper, das sich in Tests als besonders zuverlässig erwies. Die transkribierten Resultate von Whisper wiesen die geringste Fehlerquote auf. Selbst Dialekte waren kein Hindernis. dSprachKI wurde unter anderem mit Schweizerdeutsch und Bayerisch getestet. Auch gegenüber Störgeräuschen oder undeutlicher Aussprache zeigt sich das Tool robust.

In der Praxis erspart dSprachKI Mitarbeitenden in Gerichten oder Behörden viel Zeit – selbst, wenn sie das von der KI bereitgestellte Transkript noch kontrollieren und gegebenenfalls nachbearbeiten müssen. Wer anschließend mit dem fertigen Transkript weiterarbeiten möchte, kann gezielt Fragen zum Inhalt stellen, nach bestimmten

Schlüsselbegriffen suchen oder sich Zusammenfassungen generieren lassen. Für diese Funktionen kommt das Open-Source-Sprachmodell Mistral zum Einsatz. Das übernimmt die intelligente Verarbeitung und Analyse des Textes. Und dSprachKI kann noch mehr: Beispielsweise sorgt die Spracherkennung dafür, dass verschiedene Personen in einer Aufnahme erkannt und ihre Stimmen entsprechend zugeordnet werden.

Schutzbedarf: hoch

dSprachKI erfüllt die Anforderungen an den BSI-Schutzbedarf „hoch“. Die eingesetzten Sprachmodelle laufen auf der KI-Plattform von data[port]ai, die im vollständig BSI-zertifizierten Rechenzentrum von Dataport betrieben wird. So bleiben sensible Inhalte wie aus Gerichtsverhandlungen in einer kontrollierten, souveränen Infrastruktur.

Die hohe Sicherheit der Anwendung macht dSprachKI auch für andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung interessant. Dies zeigte sich bereits während der Entwicklung. Bezirksämter etwa können das Tool bei der Mitschrift von Sitzungen einsetzen. Und Schulen können mit dSprachKI protokollpflichtige Elterngespräche einfach und schnell aufzeichnen. Auch die Einsatzdokumentation bei der Feuerwehr gehört zu den Anwendungsmöglichkeiten. Deshalb wurde dSprachKI von Anfang an als Standardprodukt für den öffentlichen Sektor konzipiert.

Entwicklung geht weiter

dSprachKI schreibt in vielen behördlichen und kommunalen Zusammenhängen mit. Das spart den Mitarbeitenden Zeit und sorgt mitunter auch für psychische Entlastung. Zum Beispiel, wenn sehr belastende Aussagen während einer Gerichtsverhandlung nicht wieder und wieder angehört werden müssen.

Dataport arbeitet daran, die Einsatzgebiete des KI-Tools zu erweitern. Aktuell liegt der Fokus unter anderem auf der Entwicklung von Live-Transkription und Live-Übersetzung von gesprochenem Wort. Erste Feldversuche waren bereits erfolgreich. Die technische Machbarkeit wurde bei einem Hackathon im Herbst 2025 belegt. Dort konnte dSprachKI direkt vom Ukrainischen ins Deutsche übersetzen und transkribieren. Diese und weitere Entwicklungen machen das Tool zu einem kompetenten Sparringspartner in der Verwaltung in allen Belangen rund ums Thema Protokollieren. ■



Digitale Souveränität ist machbar

Wer Open-Source-Produkte nutzt, macht sich unabhängiger von einzelnen Herstellern und stärkt damit die eigene digitale Souveränität. Schleswig-Holstein setzt konsequent auf Open Source und steigt sukzessive um. Ein Überblick über die Meilensteine 2025.

Ein zentraler Eckpfeiler für die politische Sicherheit im 21. Jahrhundert ist die digitale Souveränität. Staaten, die sich von bestimmten Technologien oder Herstellern abhängig machen, setzen ihre Unabhängigkeit aufs Spiel. Besonders kritisch wird dies, wenn IT-Dienstleistungen und Daten zunehmend in die Cloud verlagert werden. Denn Anbieter können den Zugang zu Software oder Daten aus ihrer Cloud leicht blockieren. Was in normalen Geschäftsbeziehungen undenkbar erscheint, ist in der Praxis möglich: Im Frühjahr 2025 konnte der Chefankläger des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag aus politischen Gründen nicht mehr auf sein E-Mail-Postfach zugreifen. Die Ursache waren Sanktionen des amerikanischen Präsidenten. US-Unternehmen wie Microsoft, das die E-Mail-Infrastruktur betrieb, durften ihre Dienstleistungen nicht mehr anbieten.

Deshalb versuchen europäische Staaten zunehmend, sich aus langjährig gewachsenen digitalen Abhängigkeiten von marktbeherrschenden Herstellern zu lösen. Dazu benötigen sie einen langen Atem. Mit einem Umstieg von Software A auf Software B ist es nicht getan. Geschäftskritische Prozesse von Verwaltungen und deren Fachverfahren sind oft eng an die Systeme und Software bestimmter Hersteller gebunden. Ein Wechsel muss daher schrittweise erfolgen.

Fünf Maßnahmen für mehr Open Source

Wie digitale Abhängigkeiten strategisch und praktisch überwunden werden können, zeigt Schleswig-Holstein beispielhaft. Ein Baustein ist dabei der Einsatz von Open-Source-Software (OSS). Die Landesregierung treibt diesen seit 2017 konsequent voran. Open Source bietet den Vorteil, dass die Nutzer selbst bestimmen können, wie sie die Software einsetzen und weiterentwickeln – unabhängig von den Vorgaben der Hersteller. Dataport hat Schleswig-Holstein von Beginn an beim Wechsel auf Open-Source-Produkte unterstützt und beraten. Ziel ist es, das Betriebssystem sowie alle Programme für die tägliche Büroarbeit auf Open Source umzustellen. Allein in der Landesverwaltung betrifft das 25 000 Arbeitsplätze. Folgende fünf Maßnahmen hat das Land ergriffen, um die digitale Souveränität zu stärken:



So verringert Dataport Abhängigkeiten

Als IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung verfolgt Dataport seit seiner Gründung eine hybride Strategie. Das bedeutet: Dataport setzt auf unterschiedliche Anbieter und auf unterschiedliche technische Systeme. Denn die Wechselfähigkeit hin zu anderen Anbietern oder Technologien ist ein wichtiger Faktor für die Gewährleistung digitaler Souveränität. So laufen im Rechenzentrum von Dataport Verfahren auf proprietären Systemen wie Windows sowie auf Linux-Systemen.

1. Textarbeit mit LibreOffice: 2024 begann der Wechsel zu LibreOffice, einer Software für Text- oder Tabellenarbeit. Ende 2025 lief die Software bereits auf rund achtzig Prozent der Computer der Landesverwaltung. Programme von Microsoft wie Excel oder Word kommen nur noch dort zum Einsatz, wo Fachverfahren noch nicht kompatibel mit Open-Source-Anwendungen sind.
2. E-Mail mit Open-Xchange statt Outlook: 2025 begann die Ablösung von Microsoft Exchange, der bisherigen Infrastruktur für E-Mail und Kalender. Dataport migrierte bis Ende des Jahres mehr als 40 000 E-Mail-Konten der Landesverwaltung auf die neue Infrastruktur Open-Xchange.

3. Nextcloud statt Sharepoint: Auch die Kollaborationsplattform Sharepoint wird seit 2025 abgelöst. Die Open-Source-Alternative ist Nextcloud.
4. Anbindung der Fachverfahren an Open Source: Bestehende Fachverfahren der Verwaltung sind nicht immer mit Open-Source-Lösungen wie LibreOffice oder Linux kompatibel. Schleswig-Holstein arbeitet deshalb mit Dataport daran, die Interoperabilität zwischen Fachverfahren und Open-Source-Systemen herzustellen.
5. Linux-Betriebssystem: Auch vom proprietären Betriebssystem für die Verwaltungscomputer will sich Schleswig-Holstein lösen. Dataport hat deshalb den Prototyp eines IT-Arbeitsplatzes entwickelt, der auf Linux basiert. Dieser soll sukzessive eingeführt werden. Dass öffentliche Verwaltungen bei der Nutzung von Software und Betriebssystemen auf offene Lösungen wechseln können, hat Dataport bereits 2022 in der Machbarkeitsstudie [!\[\]\(2addd044872253d0bde6ac0f70087ee9_img.jpg\) „Linux-Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung“](#) bewiesen.

Eine Lösung für die E-Akte

Akten sind die Arbeitsgrundlage für Verwaltungen – und beinhalten sensible Informationen mit höchsten Schutzanforderungen. Deshalb setzt die Open-Source-Strategie Schleswig-Holsteins auch hier an. Im Auftrag des Landes erprobt Dataport die Einführung einer Lösung für die elektronische Aktenführung, die auf OSS basiert und alle Funktionalitäten herkömmlicher E-Akten bietet: Die E-Akte OSS soll Ende 2026 über die Deutsche Verwaltungswelt allen interessierten Verwaltungen bundesweit zur Verfügung gestellt werden. Ähnlich wie bei der Umstellung auf LibreOffice ist auch eine auf Open Source basierende E-Akte nicht immer kompatibel mit den angebundenen Fachverfahren. Als Schnittstelle zwischen

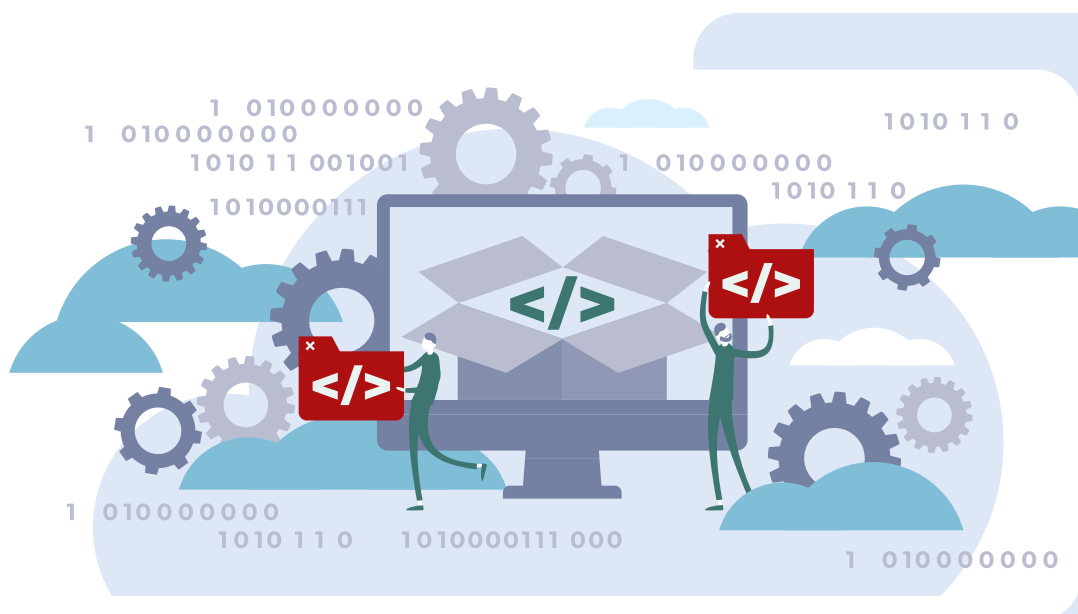
Open-Source-System und Fachverfahren hat Dataport deshalb eine Middleware entwickelt: eine Software, die die Fachverfahren an die E-Akte anbindet.

Estland ist Vorbild

Schleswig-Holstein orientiert sich beim Wechsel zu Open Source an erfolgreichen Beispielen für digitale Verwaltung aus dem Ostseeraum. Ein Beispiel dafür ist X-Road. X-Road ist eine OSS-Infrastruktur für den sicheren und automatisierten Austausch von Daten. Entwickelt wurde X-Road in Estland. Dort setzt man X-Road seit 2001 für den Datenaustausch innerhalb der Verwaltung und mit Unternehmen ein. Estland bietet seit Jahren durchgängig digitale Verwaltungsservices an und gilt deshalb als Pionier. Schleswig-Holstein plant, X-Road als Infrastruktur zu übernehmen. Das Vorhaben steht noch am Anfang. Dataport unterstützt das Land bei der technischen Umsetzung und Erprobung von X-Road, das im Rechenzentrum von Dataport betrieben werden soll.

Nachnutzung über Grenzen hinweg

Auch auf kommunaler Ebene können Open-Source-Lösungen die digitale Souveränität stärken. Seit 2025 stellt das Land Schleswig-Holstein seinen Kommunen eine moderne Intranetplattform zur Verfügung, die auf Open Source basiert. Pleio wurde ursprünglich in den Niederlanden von öffentlichen Verwaltungen entwickelt. Nach einer Testphase mit 21 schleswig-holsteinischen Kommunen hat Dataport das System an deren Anforderungen angepasst. Pleio wird künftig als standardisierte Intranetlösung für Kommunen in ganz Deutschland angeboten. Dataport baut dazu die erforderliche Betriebsinfrastruktur in seinem Rechenzentrum auf. Mit dem Einsatz von Pleio führt Schleswig-Holstein seine Open-Source-Strategie konsequent weiter und stärkt die digitale Handlungsfähigkeit der Kommunen. ■



03

UNTERNEHMENSKULTUR



VIELFALT

Eine wahre *Stärke*

Diversity ist bei Dataport nicht bloß ein Modebegriff, sondern ein Erfolgsfaktor. Denn die Vielfalt im Unternehmen trägt zu besseren Entscheidungen und innovativen Ideen bei. Lösungen und Produkte werden dadurch besser. Insgesamt wird Dataport als Organisation leistungsfähiger und resilienter.

Unternehmen, die Diversität unter ihren Mitarbeitenden stärken, gelten als erfolgreicher. Das liegt unter anderem daran, dass Teams mit vielen unterschiedlichen Fähigkeiten und Perspektiven kreativer sind. Sie entwickeln mehr Ideen und gelangen so zu innovativeren Lösungen. Insbesondere bei strategischen Entscheidungen oder Aufgaben, die kreatives Denken erfordern, können Unternehmen von den unterschiedlichen Eigenschaften, Lebensweisen oder Hintergründen ihrer Mitarbeitenden profitieren. Mit Blick auf die Führungsebene zeigt sich, dass gemischte Führungsteams, in denen weibliche und männliche Personen zusammenarbeiten, ein Wettbewerbsvorteil sind: Laut einer McKinsey-Studie haben diese Unternehmen eine 62 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, überdurchschnittlich profitabel zu sein.

Diversität strategisch stärken

Inga Wachtmann beschäftigt sich schon seit acht Jahren mit der Bedeutung von Vielfalt in Unternehmen. Sie ist seit 2024 Diversity-Managerin bei Dataport, und für sie ist klar: „Diversität ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie fördert Innovationen und trägt zu besseren Entscheidungen bei.“ Gleichzeitig, so Wachtmann, mache sie Dataport als Arbeitgeber attraktiver. Denn wer Vielfalt, Fairness und Inklusion glaubwürdig lebe, gewinne leichter neue Mitarbeitende. Wenn sich alle respektiert und eingebunden fühlen, stärke das außerdem die Motivation und den Zusammenhalt in bestehenden Teams. →



Inga Wachtmann

Diversity-Managerin



Strategisch verankert

Um eine integrative Unternehmenskultur und die Chancengleichheit systematisch zu stärken, hat Wachtmann eine Diversity-Strategie für Dataport entwickelt. Diese orientiert sich an sechs Dimensionen, die wichtige Aspekte gesellschaftlicher Vielfalt widerspiegeln. Sie dienen Dataport als Leitplanken, um gezielt Maßnahmen zu entwickeln und Fortschritte messbar zu machen.



Die Vielfaltsdimensionen bei Dataport



Geschlecht



Geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung



Körperliche und geistige Fähigkeit



Lebensalter



Religion und Weltanschauung



Soziale Herkunft und ethnische Zugehörigkeit

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen immer zur gleichen Zeit das übergreifende Thema Inklusion sowie zwei Dimensionen. Noch bis Ende 2026 konzentriert sich Dataport auf die Bereiche Geschlecht und Lebensalter. Zentrale Themen sind dabei die Frauenförderung und das generationsübergreifende Arbeiten. Ab dem darauffolgenden Jahr stehen für einen Zeitraum von fünf Jahren zwei andere Dimensionen im Fokus.

Frauen gewinnen und halten

Bis 2028 will Dataport den Frauenanteil auf 35 Prozent steigern, den Anteil weiblicher Führungskräfte auf 40 Prozent. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt dabei eine wesentliche Rolle. Diese wird unterstützt durch flexible Arbeitsmodelle, Homeoffice, Gleitzeit und Kinderbetreuung. Mentoring-Programme und Führungskräfte-Tandems fördern gezielt Frauen in Führungspositionen. Im Jahr 2025 gab es 44 Tandems. Davon waren 24 gemischte und es gab 4 Frauen- sowie 16 Männer-Tandems.

Wissen teilen und erhalten

Bei Dataport arbeiten derzeit vier Generationen zusammen. Um den Wissenstransfer zwischen den Altersgruppen zu sichern, werden gezielte Maßnahmen umgesetzt: Neue Führungskräfte werden für altersgemischte Teams sensibilisiert, und Schulungen zu inklusiver Kommunikation fördern ein wertschätzendes Miteinander. Ältere Mitarbeitende werden durch flexible Modelle wie die Flexirente und gezielte Gesundheitsangebote unterstützt, um möglichst lange im Beruf bleiben und ihr Wissen weitergeben zu können.

Gut vernetzt

Die Vielfalt der Menschen bei Dataport spiegelt sich nicht nur in den Dimensionen wider, sie ist auch im Arbeitsalltag spürbar. Viele Mitarbeitende bei Dataport sind Mitglieder in Communities. Sie haben gemeinsame Eigenschaften, Interessen oder Erfahrungen. Beispiele sind das Frauennetzwerk, die Queer-Community sowie die Netzwerke für Beschäftigte über fünfzig oder für Menschen mit Behinderung. Solche Communities schaffen einen geschützten Raum, in dem sich die Kolleginnen und Kollegen vertrauensvoll austauschen können. Die Netzwerke geben ihnen eine Stimme, ermöglichen gegenseitige Unterstützung und tragen zu einem inklusiven Arbeitsumfeld bei.

Vielfalt aus Überzeugung

Als Anstalt des öffentlichen Rechts trägt Dataport eine besondere Verantwortung, Vielfalt und demokratische Werte zu stärken. Mit seiner Diversity-Strategie und Initiativen wie den Communities schafft das Unternehmen ein Arbeitsumfeld, in dem sich unterschiedliche Persönlichkeiten und Identitäten willkommen fühlen und ihre Stärken voll einbringen können. Jede Person kann ihre individuellen Potenziale entfalten. Die vielfältigen Sichtweisen und Erfahrungen helfen dabei, den digitalen Wandel aus unterschiedlichen Perspektiven zu verstehen und aktiv zu gestalten. ■

Auf
35%

soll der Frauenanteil bei
Dataport bis 2028 steigen.



04

INNOVATIONEN



Wie schützen wir uns in Zukunft?

Quantencomputer verfügen über eine enorme Rechenleistung. Das verspricht Durchbrüche in der Informationstechnik. Gleichzeitig birgt die Technologie Risiken für die Sicherheit der IT. Dataport erprobt bereits neue Schutzmaßnahmen.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) prognostiziert, dass Quantencomputer schon Anfang der 2030er-Jahre in der Lage sein könnten, heutige Verschlüsselungsmethoden innerhalb weniger Stunden zu brechen. Angesichts dessen evaluiert Dataport bereits neue Schutzmechanismen und fördert die Quantenforschung, etwa mit einer Stiftungsprofessur an der Technischen Hochschule Hamburg. Um darüber hinaus Leitlinien für das zukünftige Handeln festzulegen, hat Dataport Forschende an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) beauftragt, konkrete Methoden zum Schutz vor Quantenangriffen zu bewerten.

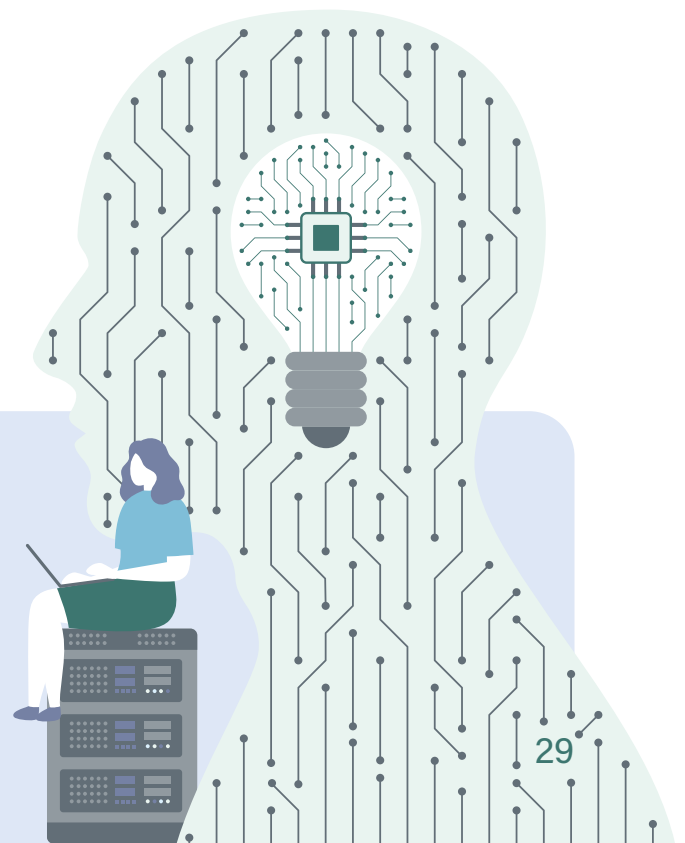
Sichere Transportwege

Eine dieser Methoden ist der Quantenschlüsselaustausch, bei dem der Sender einen geheimen Zahlencode über spezielle Lichtsignale an den Empfänger übermittelt. Wie die finale Zahlenabfolge aussehen wird, entscheidet sich erst, wenn die Signale vom Empfänger gemessen werden, zum Beispiel mit einem hochempfindlichen optischen Sensor. Bei größeren Entfernungen zwischen Sender und Empfänger, ab etwa achtzig Kilometer, sind zusätzlich physisch gesicherte Zwischenstationen erforderlich, sogenannte Trusted Nodes. Diese vertrauenswürdigen Knotenpunkte empfangen einen Schlüssel, entschlüsseln und kodieren ihn erneut, bevor sie ihn an den nächsten weiterleiten. Mit dieser Methode sammelt Dataport zurzeit erste Erfahrungen. Um den Schlüsselaustausch über Entfernungen von mehreren hundert Kilometern zu erproben arbeitet Dataport mit der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung zusammen. Es soll eine Teststrecke mit insgesamt fünf Knotenpunkten in sicheren Rechenzentren entstehen.

Neue Geheimschriften

Eine andere Maßnahme zum Schutz vor Quantenangriffen ist die Post-Quanten-Kryptografie. Die Kryptografie, also das Entwickeln und Anwenden von verschlüsselten Algorithmen, ist zentral für die Sicherheit von alltäglichen Anwendungen wie das Onlinebanking oder die elektronische Patientenakte. Bei der Post-Quanten-Kryptografie geht es darum, neue mathematische Funktionen zu finden, die auch von Quantencomputern nicht zurückgerechnet, also gelöst, werden können. Diese Methode ist bereits in den Standards des BSI sowie internationaler Bundesbehörden verankert. Sie gilt als kosteneffizient und könnte in Verwaltungen auf klassischer Hardware zum Einsatz kommen.

Um festzustellen, wie sich die neuen Technologien erfolgreich umsetzen lassen und welche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden müssen, stützt sich Dataport auf die Forschung. Insbesondere in der Zusammenarbeit mit der CAU möchte Dataport Einblicke in neueste Forschungsergebnisse gewinnen, um seine Netze und IT-Infrastruktur quantensicher zu machen. ■



Auf dem Weg zur souveränen Cloud

Mit der Deutschen VerwaltungscLOUD ist eine gemeinschaftliche sowie souveräne Cloud- und Plattformarchitektur für die öffentliche Verwaltung entstanden. Dataport ist daran maßgeblich beteiligt.



Im Frühjahr 2025 ging die Deutsche VerwaltungscLOUD (DVC) in den Produktivbetrieb. Bundesweit stehen damit Verwaltungen standardisierte und geprüfte Cloud-Dienste von verschiedenen IT-Dienstleistern der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung. Zugang haben Nutzerinnen und Nutzer über das Cloud-Service-Portal (CSP). Dataport hat es gemeinsam mit Govdigital, einer bundesweiten Genossenschaft öffentlicher IT-Dienstleister, und weiteren Partnern entwickelt. Das CSP ist ein zentraler Baustein der DVC, über den Verwaltungen Produkte wie Software-,

Plattform- oder Infrastruktur-Services rechtssicher und ohne Ausschreibung per Mausklick beschaffen können. Dataport betreibt das CSP im eigenen BSI-zertifizierten Rechenzentrum. Inzwischen ist das CSP die technische Basis für den neuen Marktplatz Deutschland Digital.

Dataport in einer Doppelrolle

Pünktlich zum Start der DVC hat Dataport eine Reihe von Software-Anwendungen über die DVC bereitgestellt. Darunter sind die Filesharing-Plattform dDatabox, ein

Terminfinder sowie dWorkflow, ein Tool zur automatisierten Steuerung wiederkehrender Abstimmungs- und Antragsprozesse. Darüber hinaus bietet Dataport einen ersten Cloud-Infrastruktur-Service und einen Plattform-Service an.

Dataport ist nicht nur Anbieter von Cloud-Services in der DVC. Das Unternehmen hat den Vorsitz im Architekturboard übernommen und prägt die strategische und technische Weiterentwicklung der DVC maßgeblich mit. Dataport stimmt unter anderem technische Standards ab und treibt die Entwicklung neuer interoperabler Dienste voran. Die Cloud-Services, die in der DVC angeboten werden, sollen mit anderen Lösungen der öffentlichen IT-Landschaft kompatibel sein.

Neue Generation des Rechenzentrums

Die DVC ist als Multicloud konzipiert. Das heißt: Über die DVC können Nutzerinnen und Nutzer Cloud-Dienste von verschiedenen Anbietern beziehen. Die DVC soll ein zentraler Baustein des Deutschland-Stack werden. Dataport arbeitet daran, einen Teil dieser Multicloud aus dem eigenen Rechenzentrum bereitzustellen, und modernisiert seine technische Infrastruktur.

Es entsteht ein sogenanntes Software-Defined Data Center (SDDC): Das ist ein Rechenzentrum, dessen Server, Speicher und Netzwerke zentral per Software verwaltet und automatisiert gesteuert werden. Sowohl der Betrieb der neuen Infrastruktur als auch die darin verarbeiteten Daten stehen vollständig unter der Kontrolle von Dataport. Damit wird sich das neue SDDC maßgeblich von den Angeboten der marktbeherrschenden US-amerikanischen Technologieunternehmen unterscheiden. Auch im Vergleich mit europäischen Cloud-Alternativen will Dataport ein entscheidendes Plus an digitaler Souveränität bieten. Denn Anbieter aus der EU nutzen oft US-Technologien oder Lizenzen von Dritten als Grundlage. Dies kann die datenschutzrechtliche Unabhängigkeit beeinträchtigen. Das Cloud-Angebot von Dataport soll hingegen eine strikte Souveränität mit einer vergleichbaren Skalierbarkeit und Flexibilität verbinden, wie sie Kunden von modernen Public-Cloud-Infrastrukturen erwarten.

Die Sicherheit steht bei Dataport an erster Stelle. Auch mit der neuen Infrastruktur wird Dataport den Zertifizierungsaudit des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) durchlaufen. So wird Dataport wie gewohnt einen stabilen und grundschutzkonformen Betrieb sicherstellen. Zusätzlich bereitet Dataport sich darauf vor, die Informationssicherheit seiner Cloud-Services gemäß des C5-Standards herzustellen. Dabei handelt es sich um den international anerkannten Sicherheitsmaßstab des BSI für Cloud-Anbieter. C5 steht für Cloud Computing Compliance Criteria Catalogue. Auf Deutsch: Cloud-Computing-Konformitätskriterienkatalog.

Vorteile durch neuen Standard

Aus Trägerländern und darüber hinaus – Kunden von Dataport profitieren neben höchsten Sicherheitsstandards von vielen weiteren Neuerungen. Sie können künftig Infrastruktur- und Plattform-Services sowie virtuelle Rechenzentren automatisiert und auf Knopfdruck buchen und bedarfsgerecht abrechnen. Durch die Umstellung auf cloudnative Fachverfahren verkürzt sich der Prozess von der Entwicklung bis zur Bereitstellung der Software zudem deutlich. In der standardisierten Betriebsumgebung werden darüber hinaus sicherheitsrelevante Updates automatisch ausgeführt und die Software kontinuierlich weiterentwickelt.

2025 hat Dataport die technische und organisatorische Basis für das SDDC weiter ausgebaut. Voraussichtlich ab Ende 2026 verfügt Dataport mit dem Data Center der neuen Generation über ein produktions- und leistungsfähiges Fundament für einen modernen, souveränen Cloud-Betrieb. ■



Eine Cloud für die Justiz

Die bundesweit einheitliche Justizcloud ist eines der zentralen Digitalisierungsvorhaben des Bundesministeriums der Justiz und den sechzehn Bundesländern. Auch an diesem Projekt ist Dataport beteiligt und stellt ein Mitglied des Aufbaustabs der Justizcloud. So bringt das Unternehmen sein Know-how aus dem Aufbau der DVC und dem eigenen Cloud-Geschäft ein. Speziell im Bereich Justiz kann Dataport zusätzlich Expertise vorweisen: In seinem Data Center Justiz (DCJ) betreibt Dataport die Fachverfahren der Justiz in speziell gesicherten Bereichen. Die Trägerländer Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie das Land Berlin nutzen das DCJ. Es gilt als eines der modernsten IT-Dienstleister-Angebote bundesweit. So beschreiben es die Autorinnen und Autoren des Abschlussberichts zur Machbarkeitsuntersuchung der Justizcloud.¹

Hier gibt es den [Abschlussbericht zur Justizcloud](#).

¹ Accenture GmbH im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz: „Abschlussbericht zur Untersuchung der Machbarkeit einer bundeseinheitlichen Justizcloud“, 2025, vgl. S. 70

Baukästen für Verwaltungsservices

Mit MODUL-F können Verwaltungen Fachverfahren zusammenstellen und mit dem KERN UX-Standard Benutzeroberflächen wiedererkennbar und barrierefrei gestalten. So kommen sie nach dem Baukastenprinzip schnell und günstig zu digitalen Services – ganz ohne Programmier- oder Designkenntnisse.

Verwaltungen stehen häufig vor Aufgaben, für die es noch keine eigene Verfahrens-Software gibt. In Kommunen zum Beispiel ist der Bedarf an digitalen Lösungen hoch. Allerdings mangelt es oft an fachlichen und technischen Ressourcen. Damit Verwaltungen dennoch rasch zu einer digitalen Lösung kommen können, wurde die No-Code-Plattform MODUL-F entwickelt. Der Name steht für Modulare Lösung für Fachverfahren. Mithilfe der Plattform können Verwaltungen Anwendungen für ihren Bedarf einfach, schnell und ohne Programmierkenntnisse zusammenstellen. MODUL-F stellt dazu vorprogrammierte Software-Bausteine bereit. Weil keine Entwicklerkenntnisse erforderlich sind, spricht man auch von Low-Code- oder No-Code-Entwicklung.

MODUL-F ist gezielt auf die Bedürfnisse von Verwaltungen zugeschnitten. Bei der Antragsbearbeitung etwa treten oft ähnliche Abläufe auf. Diese Prozessschritte können mithilfe der Software-Bausteine standardisiert abgebildet werden. Das sind zum Beispiel das Erfassen von Daten, die Dokumentation sachlicher Antragsprüfungen, Genehmigungen oder Ablehnungen. Werden die Bausteine zusammengesetzt, entsteht eine Anwendung, mit der Anträge vom Eingang bis zum Bescheid digital bearbeitet werden können.

Digitalisierung einfach machen

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Stadt Wedel. Sie hat die Plattform als erste Kommune Schleswig-Holsteins eingesetzt, um ein Fachverfahren zu entwickeln. Seit 2025 können Bürgerinnen und Bürger nun private Feuerwerke digital anmelden. Mittlerweile sind in den Trägerländern von Dataport weitere mit MODUL-F entwickelte Anwendungen im Einsatz. Zum Beispiel: das Fachverfahren zum Beantragen einer Anbauerlaubnis von Cannabis oder die denkmalrechtliche Genehmigung für Bauarbeiten an Baudenkmälern.

Das No-Code-Projekt wurde 2021 von der Senatskanzlei Hamburg im Auftrag des Bundesinnenministeriums gestartet. Mittlerweile kann MODUL-F bundesweit genutzt werden. Dataport hat die Plattform entwickelt und betreibt sie in seinem Rechenzentrum. Bei der Weiterentwicklung kooperiert Hamburg mit Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

User Experience im Fokus

Ein weiterer modularer Baukasten ermöglicht es, digitale Behördendienste für alle Menschen leicht zugänglich, verständlich und barrierefrei zu gestalten. Obwohl Onlinedienste diese Anforderungen erfüllen müssen, gelingt es vielen bisher nicht. Häufig fehlt ein intuitives, nutzerorientiertes Design. Zudem gibt es oft Parallelentwicklungen. Für ähnliche Onlinedienste werden also unabhängig voneinander vergleichbare Benutzeroberflächen entwickelt. Das kostet Zeit und Geld. Hamburg und Schleswig-Holstein haben deshalb 2023 den offenen UX-Standard KERN ins Leben gerufen: ein auf Open-Source basierendes Designsystem aus einheitlichen, barrierefrei gestalteten Bausteinen für das Frontend, den sichtbaren Teil einer Website. UX steht für User Experience, die Nutzererfahrung beim Verwenden von Software. KERN wiederum steht für den „Kern, aus dem alles erwächst“. Gemeint ist damit ein Standard für den barrierefreien digitalen Staat.

KERN ist mit allen gängigen technischen Systemen kompatibel und lässt sich leicht in unterschiedliche digitale Verwaltungsleistungen einbinden. Nach dem Open-Source-Prinzip „Public Money – Public Code“ sind alle Bausteine offen und lizenzkostenfrei nachnutzbar. Das vermeidet teure Doppelentwicklungen. Dataport setzt KERN für seine Trägerländer um. Entwickelt wird KERN von einer bundesweiten Community aus Verwaltungen und IT-Dienstleistern: Mehr als 650 Fachleute bringen ihr Wissen ein, geben Rückmeldung aus ihren Projekten und stimmen ab, welche Komponenten als Nächstes entstehen. Der Standard steht allen Verwaltungen offen und wird über alle Ebenen hinweg genutzt – etwa für die Oberflächen von Portalen, Onlinediensten, Informationsseiten und Fachverfahren. Auch Dataport setzt auf diesen modularen Baukasten und hat bereits mehrere Anwendungen mit KERN realisiert. Dazu gehören das Serviceportal von Schleswig-Holstein, eine Fachanwendung für die Finanzverwaltung in Hamburg sowie die Geo-Anwendung POLAR, eine Kartenkomponente für Onlinedienste.

KERN wurde bereits mehrfach ausgezeichnet. Beim 24. eGovernment-Wettbewerb in Berlin etwa belegte der UX-Baukasten den ersten Platz in der Kategorie „Digitalisierungsschub durch KI und moderne Infrastruktur“.

05

WIRTSCHAFTLICHE LAGE



Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und der Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie für den IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (ITV.SH).

Dataport hat seinen Unternehmenssitz in Altenholz bei Kiel und Niederlassungen in Hamburg, Kiel, Bremen, Rostock, Lüneburg, Magdeburg und Halle. Dataport unterhält zudem Bürostandorte in Hannover, Potsdam und Berlin.

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich zunehmend. Bestehende globale Wirtschaftsbeziehungen und Lieferketten geraten unter Druck. Ein andauernder Krieg in Europa sowie der eskalierende Konflikt im Nahen Osten, insbesondere der seit Ende Februar 2022 geführte Krieg zwischen den USA, Israel und dem Iran, führen zu erheblichen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Die Ausweitung des Konflikts auf weitere Staaten der Region sowie die Bedrohung kritischer Handels- und Energierouten haben direkte Auswirkungen auf Energiepreise, Lieferketten und die Stabilität der Weltwirtschaft mit entsprechenden Folgen für die wirtschaftliche Situation in Deutschland.

Die daraus resultierenden Preissteigerungen, insbesondere im Energiesektor, wirken sich unmittelbar auf die gesamtwirtschaftliche Kostenstruktur aus. Steigende Energiepreise treiben die Inflation und erhöhen die Kostenstruktur – mittelbar auch die Personalkosten. Die aktuelle Tarifrunde im Februar und März 2022 ist ein Beleg verschärfter tarifpolitischer Rahmenbedingungen mit Auswirkungen auf den Personalaufwand. In Kombination mit dem bestehenden Fachkräftemangel entsteht ein zunehmender Druck auf die Gewinnung und Bindung qualifizierter Mitarbeitender.

Eine politische Neuausrichtung in Deutschland durch den Wechsel der Bundesregierung, eine stagnierende Wirtschaft, eine alternde Gesellschaft, die auch mit einem steigenden Arbeits- und Fachkräftemangel einhergeht, sowie der Klimawandel erfordern eine Verwaltung, die auch unter diesen Rahmenbedingungen zu allen Zeiten handlungs- und funktionsfähig ist. Dies erfordert eine verstärkte Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, die auf einer resilienten und souveränen IT-Infrastruktur erbracht werden.

Diese Herausforderung wird mittelfristig nur gelingen, wenn die IT-Infrastrukturen und die darauf erbrachten Leistungen sicher, performant und skalierbar konfiguriert sind. Für eine resiliente Verwaltung sind die IT-Leistungen also nicht nur für den Normalfall, sondern für mögliche Krisenphänomene vorzubereiten und auszulegen.

Die Coronapandemie hat gezeigt, dass die Resilienz einer Verwaltung von ihrem Digitalisierungsgrad abhängt. Mobile Arbeitsplätze, VPN, E-Akte und Ähnliches haben die Arbeits- und Leistungsfähigkeit unabhängig von der Fläche, den Räumlichkeiten einer Lokalität, gesichert. Unter dem Vorzeichen einer militärischen Bedrohung durch Russland ist dies nach wie vor aktuell. Die Gewährleistung von IT-Sicherheit, von Resilienz und von digitaler Souveränität sind wesentliche Elemente, mit deren Hilfe die Verletzlichkeit der IT und damit der öffentlichen Verwaltung insgesamt reduziert wird.

Dataport ist gemessen an diesen Anforderungen gut aufgestellt. Die Konsolidierung aller Rechenzentren auf zwei neue, nach IT-Grundsatz zertifizierte und georedundante Standorte schafft eine wesentliche Grundlage für eine sichere, stabile und krisenfeste IT-Infrastruktur. Damit erfüllt Dataport nicht nur die Vorgaben des IT-Planungsrats, sondern positioniert sich als verlässlicher Betreiber kritischer digitaler Infrastrukturen für die öffentliche Hand.

Gleichzeitig erfüllen die Rechenzentren bereits heute hohe Anforderungen an Energieeffizienz. Mit einem Power-Usage-Effectiveness-Wert (PUE) von 1,22 ist das Twin Data Center von Dataport deutlich energieeffizienter als der Durchschnitt deutscher Rechenzentren (1,46 PUE).¹ Dies reduziert langfristig Betriebskosten und trägt zur Erreichung ökologischer Zielsetzungen bei.

Dataport leistet einen zentralen Beitrag zur digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung, indem Abhängigkeiten von externen Anbietern reduziert und eigene, kontrollierbare IT-Infrastrukturen und Services bereitgestellt werden. Über leistungsfähige Datennetze und hochverfügbare Plattformen betreibt Dataport mehr als 1000 Fachverfahren und gewährleistet einen sicheren und performanten Datenaustausch für seine Träger.

¹ www.dataport.de/unternehmen/nachhaltigkeit/

Durch die Bündelung von Bedarfen sowie den Abschluss langfristiger Rahmenverträge werden Skaleneffekte realisiert und wirtschaftliche Beschaffungskonditionen sichergestellt. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Kostenentwicklung. Dieser positive Effekt gerät allerdings durch Marktveränderungen erheblich unter Druck, seitdem Hersteller von Prozessoren Ende 2025 ihre bestehenden Kapazitäten auf die Produktion von KI-Chips verlagert haben. Die Verknappung des Angebots führt zu Lieferengpässen und Preissteigerungen bei den Prozessoren. Diese Situation kann sich erheblich verschärfen, wenn China sich Taiwan aneignen sollte. Nach wie vor sind die wichtigsten Produktionsstätten von Prozessoren in China und Taiwan gelegen. Eine erhöhte Abhängigkeit von China besteht bei der Beschaffung der für die Produktion von Prozessoren erforderlichen seltenen Erden. Die Beispiele verdeutlichen, dass die Situation der Verwaltungs-IT und damit auch von Dataport im Kontext der geopolitischen Rahmenbedingungen und ihrer jeweiligen Anpassung zu sehen ist.

Mit dem Programm Nordstern modernisiert Dataport seine Rechenzentrums- und Netzinfrastruktur grundlegend. Ziel ist eine deutliche Erhöhung des Automatisierungsgrades in den Produktionsprozessen, um Effizienzpotenziale zu heben und die Abhängigkeit von knappen Fachkräften zu reduzieren. Gleichzeitig wird die Fähigkeit ausgebaut, cloudähnliche Services aus eigener Infrastruktur heraus für die Fachdomänen der Verwaltung bereitzustellen, die auf diese Souveränität angewiesen sind. Mit einer verstärkten Automatisierung erhöht Nordstern die Skalierbarkeit seiner Leistungen.

Die Digitalisierung bleibt der zentrale Entwicklungstreiber für Verwaltung und Gesellschaft. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist sie eine wesentliche Voraussetzung, um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung langfristig sicherzustellen. Digitalisierung zählt zudem auf die Resilienz von Verwaltung ein, indem sie ihre Funktionsfähigkeit absichert.

Die Digitalisierung darf sich nicht nur auf einen verstärkten Technikeinsatz beschränken, sondern muss entlang der von Bund und Ländern verfolgten föderalen Modernisierungsstrategie zu anderen Konfigurationen der Erbringung von Verwaltungsleistungen führen. IT ermöglicht und unterstützt eine vereinfachte und beschleunigte Erbringung von Verwaltungsleistungen – auch ebenenübergreifend. Digitalisierung ersetzt aber nicht die Straffung und Bündelung der Organisation von Verwaltungsleistungen und ihrer Prozesse über die Ebenen der Kommunen, der Länder und des Bundes hinweg. Aus diesem Grund sieht sich Dataport als Partner in der Umsetzung der föderalen Modernisierungsagenda.

Eine besondere Rolle kommt der zunehmenden Automatisierung durch künstliche Intelligenz zu. Dataport hat die technischen und personellen Voraussetzungen geschaffen, um KI gezielt für die Effizienzsteigerung in Verwaltungsprozessen einzusetzen. Mit zahlreichen KI-Angeboten wie LLMoin, dSprachKI und Robotic Process Automation unterstützt Dataport die Verwaltungen seiner Träger und mit Nachnutzungen auch darüber hinaus. Der Fokus liegt dabei auf der Automatisierung standardisierbarer Aufgaben sowie der Unterstützung von Fachverfahren durch leistungsfähige, sichere KI-Anwendungen.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes (OZGÄndG respektive OZG 2.0), das im Juli 2024 in Kraft getreten ist, wurde die Digitalisierung der Verwaltung zur Daueraufgabe erklärt. Eine entscheidende Rolle dafür spielt das Einer-für-Alle-Prinzip (EfA). Im Fokus stehen dabei der Roll-in und der Roll-out von EfA-Diensten. Während beim Roll-in Träger von Dataport den Dienst eines anderen Bundeslandes an die Behörden im eigenen Land anbindet, werden beim Roll-out EfA-Dienste an Behörden des eigenen Landes oder eines anderen Landes angebunden. An die Umsetzung der EfA-Dienste schließt die durchgehende Verwaltungsdigitalisierung an. Mit dem Vorhaben der Registermodernisierung legen Bund und Länder die Basis für einen sicheren Datenaustausch. Dataport wirkt an der Umsetzung dieser Vorhaben auf mehreren Ebenen mit.

Seit dem Auslaufen des Konjunkturprogramms 2023 stehen die Bundesmittel für die Digitalisierung der Verwaltungen in den Ländern und Kommunen nicht mehr zur Verfügung. Dieses und weitere Förderprogramme brachten Dataport in den letzten Jahren zweistellige Wachstumsraten. 2024 hat das Auslaufen dieser Mittel das Wachstum von Dataport gebremst. Dataport befindet sich allerdings auch 2025 weiterhin auf einem nachhaltigen Wachstumskurs. Denn: Die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen hat nicht an Bedeutung verloren. Im Zusammenwirken mit dem Bundesverwaltungsamt unter der Gesamtprojektleitung von FITKO realisiert Dataport mit dem Nationalen Once-Only-Technical-System (NOOTS) die Infrastruktur der sogenannten Registermodernisierung, über die die Daten aus den Registern der Verwaltung ohne größeren Aufwand für Verwaltungsprozesse zugänglich gemacht werden. Dataport unterstützt und stärkt die Deutsche VerwaltungscLOUD mit eigenen Services und als Betriebsplattform für die Module des avisierten Deutschland-Stack (D-Stack).

Entwicklung des Umfelds

1. Konjunktur in Zeiten zunehmender politischer Instabilität

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands ist im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gestiegen, nach zwei Jahren der Rezession. Das BIP wurde insbesondere von den höheren privaten sowie staatlichen Konsumausgaben gestützt (+1,4 respektive +1,5 Prozent). Die Investitionen sanken insgesamt trotz der deutlich gestiegenen investiven Ausgaben des Staats, vor allem für Verteidigung. In einem für den Außenhandel turbulenten Jahr gingen die für die deutsche Wirtschaft wichtigen Exporte 2025 im dritten Jahr in Folge zurück (-0,3 Prozent).²

Im Jahresdurchschnitt 2025 waren rund 46 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig und damit geringfügig, um 5000 Personen (0,0 Prozent), weniger als im Vorjahr. Mit Ausnahme des Coronajahres 2020 ist die Erwerbstätigenzahl seit 2006 durchgängig gewachsen. Seit Anfang 2024 hat der Anstieg allerdings deutlich an Dynamik verloren. Ursächlich dafür waren und sind die konjunkturelle Abkühlung auf dem Arbeitsmarkt und die immer stärkeren Effekte des demografischen Wandels. Die Nettozuwanderung ausländischer Arbeitskräfte sowie eine gestiegene Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung, insbesondere älterer Personen und Frauen, federn die Folgen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt aktuell ab.³ Die Arbeitslosenzahl stieg im Jahresdurchschnitt 2025 um 161.000 auf 2,95 Millionen Menschen (+0,3 Prozent). Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung ließ die gemeldete Nachfrage nach neuen Mitarbeitenden 2025 weiter nach. Die Stellenzugänge, als Indikator für die aktuelle Einstellungsbereitschaft der Betriebe, gingen ebenfalls weiter zurück. In Summe wurden 2025 mit 1.461.000 Stellen 39.000 weniger gemeldet als 2024 und damit so wenige wie noch nie in den letzten 25 Jahren.⁴

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bleibt schwach und ist durch eine anhaltende Stagnation, rückläufige Investitionen und einen angespannten Arbeitsmarkt geprägt. Gleichzeitig zeigt sich die öffentliche Haushaltslage in 2025 kurzfristig stabil, wird jedoch mittelfristig durch einen steigenden Konsolidierungsdruck deutlich belastet. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Iran-Kriegs und die Folgen für die Steuereinnahmen sind noch nicht erfasst. Demgegenüber entwickelt sich die Digitalwirtschaft weiterhin positiv und bleibt ein zentraler Wachstumstreiber.

Insbesondere in den Bereichen Software und künstliche Intelligenz ist eine dynamische Entwicklung zu beobachten, die die Nachfrage nach digitalen Lösungen auch im öffentlichen Sektor nachhaltig stützt.⁵

Für Dataport ergibt sich daraus insgesamt ein ambivalentes Umfeld: Während die Nachfrage nach digitalen Leistungen strukturell weiter wächst und kurzfristig stabile Rahmenbedingungen bestehen, ist mittelfristig mit einem zunehmenden Effizienz- und Kostendruck durch die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand zu rechnen.

2. Digitale Souveränität und Resilienz der öffentlichen Verwaltung

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen zeigt sich, dass der Druck auf die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung nicht nachlassen wird. In einer Zeit zunehmender geopolitischer Krisen rücken Themen wie IT- und Cybersicherheit in den Fokus. In Spannungszeiten müssen die digitalen Verwaltungsleistungen beispielsweise gegen Cyberangriffe gut geschützt sein. Die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist ein stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt erst recht in unsicheren Zeiten.

Die Bedrohung durch Anschläge hat die Verletzlichkeit der kritischen Infrastrukturen insbesondere auch im IT-Bereich (Rechenzentren, Datenleitungen, Stromversorgungen und Ähnliches) vor Augen geführt. Laut dem Bericht zur Lage der IT-Sicherheit des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist die Cyberkriminalität im Jahr 2025 erneut gestiegen.⁶ Dabei standen und stehen öffentliche Verwaltungen und Behörden (Bund, Länder und Kommunen) im Fokus von Cyberspionage, DDoS- und Ransomware-Angriffen. Das BSI kommt in seinem Bericht zu der Einschätzung: Für die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland besteht im Jahr 2025 kein Grund zur Entwarnung, sie bleibt weiterhin auf angespanntem Niveau. Angriffsflächen zu minimieren, ist 2026 der entscheidende Hebel, um die Cybersicherheit zu verbessern. Wie der aktuelle Bericht zeigt, suchen sich Angreifer verstärkt einfach anzugreifende Ziele mit schlechter Resilienz aus. Dataport hat sich auf diese Lage mit einer Verstärkung seiner Fähigkeiten zur Lagebeobachtung, der Systemüberwachung und der Reaktionsfähigkeit auf Angriffe im Rahmen seines Security Operation Centers (SOC) eingestellt.

² Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gewachsen – Statistisches Bundesamt

³ Erwerbstätigenzahl im Jahr 2025 fast unverändert – Statistisches Bundesamt

⁴ Jahresrückblick 2025 – Bundesagentur für Arbeit

⁵ Digitalwirtschaft bleibt Stabilitätsanker: 245 Milliarden Euro Umsatz in 2026 | Presseinformation | Bitkom e. V.

⁶ BSI – Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland

Bund, Länder und Kommunen haben sich zum Ziel gesetzt, die digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung kontinuierlich zu stärken. Dataport leistet als öffentlicher IT-Dienstleister hierzu mit seinem BSI-zertifizierten, georedundanten Rechenzentren, seiner Beteiligung an der Umsetzung der Strategie der Deutschen Verwaltungswolke und dem Projekt Nordstern einen zentralen Beitrag, Staat und Verwaltung die Hoheit und Kontrolle über die Verarbeitung der Daten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen zu sichern.

Die vom IT-Planungsrat entworfene Strategie der Deutschen Verwaltungswolke ist unter Beteiligung von Dataport entstanden. Sie entwirft eine Cloud-Infrastruktur, die eine Bündelung der Kräfte der öffentlichen IT-Dienstleister zu einer digital souveränen Infrastruktur ermöglicht – auch unter Einbindung souveräner IT-Dienstleistungen. Dataport reduziert durch eine Marktstrategie mit einem verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen sukzessive die Abhängigkeiten von proprietären Lösungsanbietern und stärkt die eigene Verhandlungsmacht. Über vierzig Prozent der serverbasierten RZ-Infrastrukturen laufen bereits auf einem Open-Source-Betriebssystem. Zehn Prozent der RZ-Infrastrukturen werden für Containerumgebungen verwendet, bei denen der Anteil von Open Source bei etwa achtzig Prozent liegt.⁷

Mit dem Programm Phoenix hat Dataport Pionierarbeit für die Umsetzung der digitalen Souveränität in der öffentlichen Verwaltung geleistet. Die technische Machbarkeit eines digital souveränen Arbeitsplatzes wurde bewiesen. Auch wenn sich das Programm in dieser Form für Dataport als wirtschaftlich nicht tragfähig erwiesen hat, konnte mit der Übergabe der Community-Version an das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) ein funktionsfähiger Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden. Dataport bietet Videoconferencing mit einer Open-Source-Lösung an, die nicht nur in dem IT-grundschutzkonformen Rechenzentrum von Dataport betrieben wird, sondern auch selbst grundschutzkonform geprüft ist. Als zusätzliche Lösung ist die dPhoenixSuite bei Dataport und den Trägern als Notfallarbeitsplatz einsetzbar. Sie wird für Dataport für diesen Zweck vorgehalten. Dataport bietet damit in Zeiten besonderer geopolitischer Unsicherheiten auf der Basis seiner erarbeiteten Erfahrungen und Kompetenzen eine Lösung, um die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Dataport unterstützt Schleswig-Holstein in der Auswahl, der Implementierung und im sicheren Betrieb digitaler Open-Source-Lösungen zur Umsetzung seiner Strategie der digitalen Souveränität. Mit und für Hamburg bewegt sich Dataport innerhalb der Grenzen und Möglichkeiten, Drittstaatenangebote digital souverän und sicher anbieten zu können.

Dataport erwartet, dass die öffentliche Hand angesichts der genannten Herausforderungen die digitale Souveränität und Resilienz weiter stärken wird. Die 2025 geschlossene Koalitionsvereinbarung im Bund bestätigt diese Erwartung. Dataport hat mit der Einbindung externer Partner, der Cloudifizierung seines Rechenzentrums sowie mit souveränen, sicheren Lösungen bereits eine solide Ausgangsbasis geschaffen.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Bedrohungslage und steigender Anforderungen an Sicherheit, Skalierbarkeit und Effizienz wird es jedoch entscheidend sein, diese Fähigkeiten konsequent weiter auszubauen. Ziel ist es, die digitale Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch unter Krisenbedingungen dauerhaft sicherzustellen.

3. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Dataport ist dem Prinzip der digitalen Daseinsvorsorge verpflichtet, stellt für seine Kunden sichere IT-Infrastrukturen zur Verfügung und treibt den digitalen Wandel durch die Entwicklung innovativer Services weiter voran. Dazu gehört der Betrieb leistungsfähiger Datennetze, über die ein schneller und sicherer Datenaustausch erfolgt. In den BSI-zertifizierten georedundanten Rechenzentren von Dataport werden über 1000 Fachverfahren der Verwaltungen betrieben. Hard- und Software werden für die Träger durch die Abnahme großer Stückzahlen und langfristiger Rahmenverträge zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt. Die Vielzahl der mobilen Arbeitsplätze sowie die Digitalisierungserfolge durch die Einführung der elektronischen Aktenführung und des Videoconferencing haben dafür gesorgt, dass die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung seit dem Frühjahr 2020 überwiegend aus dem Homeoffice arbeiten können. Dies gewährleistet auch die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Nach den Erfahrungen aus der Coronakrise können die Verwaltungen den Einsatz der geschaffenen Infrastrukturen nun flexibel gestalten.

⁷ Interne Quelle (Auswertung Betriebs-Reporting)

Der bundesweite Roll-out der EfA-Onlinedienste verzeichnet stetige Zuwächse. Bundesweit hat Dataport über zehntausendmal eine Behörde an einen eigenen Onlinedienst angebunden. Darüber hinaus können Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Sachsen-Anhalt im Rahmen des EfA-Roll-in 877 Anbindungen an Onlinedienste aus anderen Bundesländern verzeichnen. An die Fokusleistungen im Betrieb von Dataport sind im Februar 2026 etwa fünfzig Prozent der Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet angebunden, innerhalb der Online-Service-Infrastruktur-Kooperation (OSI) sind es circa neunzig Prozent.⁸ Neun Prozent der Anträge der angebundenen Bevölkerung der Kooperation für Fokusleistungen wurden online eingereicht, bundesweit sind es rund sechs Prozent. Die Digitalquote ist weiterhin zu niedrig und muss gesteigert werden. Die Plattform für Onlinedienste wird zunehmend besucht, vor allem die Fokusleistungen verzeichnen im Jahresvergleich einen Anstieg. Der Bund forciert mit dem Aufbau des D-Stack die Zentralisierung und Konsolidierung, um die Digitalisierung der Verwaltung voranzubringen. Diese Strategie wird voraussichtlich die Landschaft der bestehenden Plattformen wie die OSI-Plattform verändern. Die Träger und Dataport werden eine gemeinsame Linie und Strategie zum D-Stack entwickeln und gegenüber dem Bund vertreten, um Erreichtes einzubringen und die führende Rolle des Trägerverbunds bei der Digitalisierung der deutschen Verwaltung zu sichern.

An die Umsetzung der EfA-Onlinedienste schließt sich die durchgehende Verwaltungsdigitalisierung an. Sie wird Verwaltungen sowie Bürgerinnen und Bürgern einen zusätzlichen Nutzen bieten. Digitale und medienbruchfreie Prozesse sind effizient und entlasten die Beschäftigten in den Verwaltungen. Das volle Potenzial der Digitalisierung entfaltet sich, wenn ein Verwaltungsprozess ende-zu-ende digital läuft: von der Antragstellung über die Bearbeitung und den Versand der Bescheide bis zur Ablage in einer elektronischen Akte. Damit verbindet Dataport die Idee von „Verwaltung-as-a-Service“ (VaaS). Ziel von VaaS ist es, mit einem höchstmöglichen Automationsgrad sowie der Unterstützung durch künstliche Intelligenz die Antragsdaten von Bürgerinnen und Bürgern anzunehmen, aus anderen Verwaltungssystemen zu übernehmen, zu prüfen und zu bearbeiten. VaaS generiert den Bescheid und sorgt für die Auszahlung von Leistungen.

Digitale, einheitliche und zugängliche Register gehören zu den Grundlagen für durchgängig digitale Verwaltungsleistungen. Das Prinzip dahinter heißt „Once Only“. Gemeint ist: Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen geben nur einmal ihre Daten ein, Behörden tauschen die Daten untereinander aus. Mit dem Vorhaben der Registermodernisierung legen Bund und Länder die Basis für einen sicheren Datenaustausch.

Vor diesem Hintergrund wirkt Dataport auf mehreren Ebenen an der Realisierung des One-Stop-Government mit. Das Bundesverwaltungsamt (BVA) als Registermodernisierungsbehörde hat Dataport als Generalunternehmer für die Entwicklung sowie den Aufbau und den Betrieb der zentral bereitgestellten Infrastruktur, dem NOOTS, beauftragt. Gleichzeitig unterstützt Dataport die Träger bei ihren eigenen Projekten rund um die Registermodernisierung. Die Beauftragung von Dataport als Generalunternehmer für das NOOTS bietet den Trägern die Möglichkeit, eigene Vorhaben durch kurze Informationswege zu beschleunigen. Durch Kooperationen in Form von gemeinsamen Aktivitäten, Vernetzung und Wissensmanagement lassen sich Synergien nutzen.

Der nächste Schritt dieser Transformation ist eine weitere Automatisierung der Verwaltungsabläufe, damit im Interesse der Nutzerinnen und Nutzer sowie der Unternehmen die Leistungen der Verwaltungen schnell und möglichst unmittelbar erbracht werden können. Beide Schritte – die Herstellung der Onlineverfügbarkeit und die Automatisierung – verlaufen überlappend. Dataport steht mit von seinen Trägern beauftragten einzelnen Onlinediensten für diesen Ansatz der Automatisierung von Verwaltungsabläufen bereit.

Die Nachfrage nach vollständig digitalisierten Verwaltungsleistungen, bei denen Nutzerorientierung und automatisierter Datenaustausch im Vordergrund stehen, wird schon wegen der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen abnehmenden Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen und steigen müssen.

Neben der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eines der klassischen Tätigkeitsfelder von Dataport die Durchführung und Unterstützung der IT-Konsolidierung in der ganzen Breite der öffentlichen Verwaltung. Mit seinem Data-Center-Ansatz beispielsweise für Steuern, Polizei und Justiz unterstützt Dataport seit Jahren die Zusammenarbeit der Länder durch einen sicheren, zuverlässigen und effizienten Betrieb von Fachverfahren „derselben Familie“. Dieser Grundgedanke der föderalen IT-Zusammenarbeit strahlt mittlerweile auch über die Trägerländer hinaus, weil durch länderübergreifende Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können.

⁸ Interne Quelle (Verwaltungsratsbericht 25. März 2026)

Die Entwicklung des polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystems @rtus erfolgt durch Dataport für die Landespolizeien Schleswig-Holstein, Bremen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie für die Bundespolizei und die Polizei beim Deutschen Bundestag. Der neue Kooperationspartner Hamburg befindet sich im organisierten Onboarding. Dataport wird das Verfahren für Schleswig-Holstein, Bremen, Sachsen-Anhalt und Hamburg betreiben. Mit dem Rechenzentrum 4.0 (Programm Nordstern) stellt sich Dataport für den Betrieb modernisierter Verfahren auf.

Im Projekt „BerBel“ wird die Verlagerung der Steuerdatenproduktion von Berlin in das Data Center Steuer (DCS) vorbereitet. Nach erfolgreicher Machbarkeitsprüfung im Vorprojekt ist das Hauptprojekt im Jahr 2025 gestartet. Die vollständige Transition soll bis Mitte 2026 abgeschlossen werden. Das Land Berlin ist dem DCS über ein Verwaltungsabkommen zum Dezember 2025 beigetreten.

Die Justiz aus Mecklenburg-Vorpommern ist bis Ende 2025 in das Data Center Justiz (DCJ) von Dataport migriert. Die Justiz aus Sachsen-Anhalt migriert aktuell mit den Anwendungen der Fachgerichtsbarkeit in das DCJ. Vorab konsolidiert sie die Verfahren für die ordentliche Gerichtsbarkeit unter eigener Regie. Die Migration dieser Verfahren zu Dataport soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Technologien wie Big Data Analytics, Machine Learning und künstliche Intelligenz, mit denen datengetriebene Lösungen zur Digitalisierung der Verwaltung realisiert werden, gewinnen an Bedeutung. Dataport erwartet, dass in den nächsten Jahren die Nachfrage nach datengetriebenen Lösungen kontinuierlich ansteigen wird. Die Entwicklung der Projekt-Pipeline für data[port]ai hat diese Erwartung bestätigt. Inzwischen steht mit data[port]ai eine Plattform zur Verfügung, auf der datengetriebene Lösungen für die Verwaltung entwickelt und betrieben werden können. Einen hohen Stellenwert hat auch hier die Gewährleistung der digitalen Souveränität. Dataport verfolgt dabei die Strategie, sowohl aus als auch über das eigene Rechenzentrum KI-Services anzubieten, um die konkreten Bedürfnisse der Verwaltung in Abhängigkeit zur jeweiligen Risikoeinstufung der Daten und der Anwendung zu erfüllen. In einem technologisch hochdynamischen Umfeld setzt data[port]ai auf marktgängige Standardprodukte, um Automatisierung zu ermöglichen und KI-Anwendungen schnell und sicher bereitstellen zu können. Das Portfolio von Dataport wächst stetig, auch generative KI-Lösungen wie LLMoin werden zum Einsatz gebracht. Der Verwaltungsassistent war im Herbst 2025 bereits in fünf Bundesländern im Einsatz.

Mit der Öffnung und Nutzung von Daten der öffentlichen Verwaltung (unter Berücksichtigung des Datenschutzes, der Datensicherheit und der digitalen Souveränität) für KI-Anwendungen kann eine Nutzung und (Dritt-)Verwertung praktisch erprobt werden. Dataport strebt in diesem Handlungsfeld eine Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen IT-Dienstleistern an, um Nutzen und Kosten zu optimieren. Insbesondere wurde die Kooperation mit der govdigital eG ausgebaut. Mit diesem Angebot schafft Dataport einen nachhaltigen Lösungsansatz für die Herausforderungen des Einsatzes von Data Science und KI für hoheitliche Aufgaben beispielsweise der Justiz, der Polizei oder der Steuerverwaltung. Aber auch Unternehmen, Start-ups sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen aus der Region können mit der Plattform bei Innovation und Wertschöpfung durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz unterstützt werden. Im Zusammenhang mit der weiteren Automatisierung von Verwaltungsservices werden Large Language Models und Chatbots auch im Frontend eine maßgebliche Rolle spielen.

Mit Quantencomputing nimmt der nächste Technologiesprung analog zu KI an Geschwindigkeit auf. Quantencomputing wird insbesondere Auswirkungen auf Kryptografieverfahren haben und damit aus Sicht der IT-Sicherheit und möglicher Bedrohungsszenarien an Relevanz gewinnen.

Die Träger von Dataport haben ihre Erfahrungen aus dem länderübergreifenden Kooperationsmodell „Keiner kann es auf Dauer mehr alleine“ und „Gemeinsam können wir es besser“ (die DNA von Dataport) in das EfA-Modell des IT-Planungsrats eingebracht: nicht gegeneinander, sondern arbeitsteilig und kooperativ ist die Devise. Dataport bringt aufgrund seiner Erfahrungen mit derartigen Kooperationsmodellen (Data Center Steuern, Data Center Polizei, Data Center Justiz) die richtigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des EfA-Prinzips mit. Dies bildet sich vor allem auch in dem Interesse anderer Bundesländer und des Bundes an den Leistungen von Dataport ab. Dataport steht mit seiner DNA und seiner operativen Leistungsfähigkeit für eine erfolgreiche föderale IT-Kooperation. Dataport bringt seine Expertise aus der föderalen IT-Kooperation im Norden in die mit anderen kommunalen IT-Dienstleistern gegründete Genossenschaft govdigital ein, an der mittlerweile auch zahlreiche weitere Länder beteiligt sind.

Diese Strategie – eine Infrastruktur, aber viele Anwendungen – zahlt sich auch für die Entwicklung des Kommunalgeschäfts aus. Sie unterstützt die kommunale Zusammenarbeit, aber auch die aus Sicht der Nutzer erforderliche Integration der Verwaltungsleistungen. Mit der eigenen Marke dataport.kommunal und dem Konzept der DigitalHubs hat sich Dataport positioniert, die digitale Transformation der Kommunen mit Projekten der digitalen Daseinsvorsorge und im Kontext der digitalen Verwaltungsleistungen in den Gemeinden, Amtsverwaltungen, Städten und Landkreisen zu befördern. Dataport verknüpft dieses Konzept mit Präsenz in der Fläche.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage des Unternehmens

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt im Wesentlichen anhand der finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresergebnis, Personalaufwand, Eigenkapital(-quote), Investitionsvolumen sowie Liquidität.

Die Geschäftsentwicklung von Dataport führte im Wirtschaftsjahr 2025 zu einer Umsatzsteigerung von 113,9 Millionen Euro oder 8,0 Prozent auf 1.529,8 Millionen Euro (2024: 1.415,9 Millionen Euro). Der Plan 2025 (1.518,2 Millionen Euro) wurde damit um 11,6 Millionen Euro oder 0,8 Prozent überschritten. Das Jahresergebnis 2025 liegt in Höhe von 6,9 Millionen Euro um 35,8 Millionen Euro über dem Vorjahr (2024: minus 28,9 Millionen Euro). Das Jahresergebnis liegt damit 6,4 Millionen Euro über der Planannahme.

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen sind im Wirtschaftsjahr 2025 um 50,1 Millionen Euro oder 4,9 Prozent auf 1.070,8 Millionen Euro (2024: 1.020,7 Millionen Euro) gestiegen. Die Umsatzerlöse für das durchlaufende Handelsgeschäft sind gegenüber dem Vorjahr (2024: 395,2 Millionen Euro) um 63,8 Millionen Euro oder 16,0 Prozent auf 459,0 Millionen Euro gestiegen. Diese umfassen die Umsätze mit Handelswaren in Summe mit 215,2 Millionen Euro, die Umsätze mit durchlaufenden Fremdleistungen (224,8 Millionen Euro) sowie die Umsätze mit durchlaufenden Leistungen für Pflege und Wartung (19,0 Millionen Euro).

Die aktivierten Eigenleistungen wurden gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Millionen Euro auf 21,3 Millionen Euro (2024: 29,6 Millionen Euro) reduziert. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 17,3 Millionen Euro um 2,0 Millionen Euro leicht unter dem Vorjahr (2024: 19,3 Millionen Euro). Als wesentliche Position zu nennen sind hier Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (9,9 Millionen Euro).

Der Aufwand für Material und bezogene Dienstleistungen stieg im Wirtschaftsjahr 2025 insgesamt um 24,9 Millionen Euro oder 3,1 Prozent auf 816,7 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (2024: 791,8 Millionen Euro). Eine deutliche Aufwandsreduktion lässt sich bei der Beauftragung von Fremdleistungen erkennen. Hier sank der Aufwand um 41,4 Millionen Euro oder 22,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, was unter anderem die aktive Substitution externer Fremdleister durch den Aufbau interner Kapazitäten widerspiegelt. Gleichzeitig stieg der Aufwand für das Handelsgeschäft analog zu den gestiegenen Erlösen um 51,6 Millionen Euro oder 13,2 Prozent, wodurch in Summe eine leichte Steigerung im Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist.

Der Personalaufwand ist im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 72,9 Millionen Euro oder 14,6 Prozent auf 572,3 Millionen Euro (2024: 499,4 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist auf die Erweiterung der Personalkapazitäten (plus 8,0 Prozent) von durchschnittlich 5.227 Full Time Equivalents (FTE) in 2024 auf 5.689 FTE in 2025 zurückzuführen. Der Anstieg ist insbesondere auf den gezielten Ausbau der internen Kapazitäten zurückzuführen. Dieser dient der nachhaltigen Sicherung der Leistungsfähigkeit sowie der Substitution externer Fremdleistungen.

Die Abschreibungen liegen mit 94,4 Millionen Euro um 1,0 Millionen Euro oder 1,1 Prozent marginal über dem Wert des Vorjahres (2024: 93,4 Millionen Euro). Gegenüber dem Vorjahr (2024: 147,8 Millionen Euro) steigt die Investitionssumme im Wirtschaftsjahr 2025 um 57,2 Millionen Euro auf 169,8 Millionen Euro. Das Anlagevermögen, ohne Finanzanlagen, hat zum 31. Dezember 2025 einen bilanzierten Wert in Höhe von 463,2 Millionen Euro (2024: 389,6 Millionen Euro).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 70,7 Millionen Euro deutlich unter dem Vorjahreswert (2024: 102,6 Millionen Euro). Der hohe Vorjahreswert steht vor allem im Zusammenhang mit den Verlusten aus dem Anlagenabgang von dPhoenix (36,5 Millionen).

Die kurzfristigen, finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln und unter Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite erbracht werden. Zum Jahresende bestehen Betriebsmittelkredite in Höhe von 54,8 Millionen Euro und ein negativer Kontokorrentbestand von 45,4 Millionen Euro. Die noch frei verfügbaren Kreditlinien am Bilanzstichtag beliefen sich auf 29,6 Millionen Euro. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 76,8 Millionen Euro (2024: 118,7 Millionen Euro).

Das Anlagevermögen war zum 31. Dezember 2025 zu 60,2 Prozent (2024: 68,9 Prozent) durch Eigenkapital und langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen gedeckt. Die Finanzanlagen in Höhe von 138,8 Millionen Euro (2024: 128,7 Millionen Euro) bestehen nahezu ausschließlich aus den Rückdeckungsversicherungen. Das Umlaufvermögen beträgt 160,7 Millionen Euro (2024: 157,6 Millionen Euro). Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 68,5 Millionen Euro (2024: 52,4 Millionen Euro) betreffen im Wesentlichen Vorauszahlungen für Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2025 stichtagsbezogen 9,5 Prozent (2024: 10,0 Prozent). Der Rückgang ist operativ bedingt und resultiert aus der Ausnutzung der eingeräumten Kreditlinien am Stichtag. Daraus resultiert ein Anstieg der Bilanzsumme. Die Kreditlinien wurden im Wesentlichen durch die Umstellung des Finanzsystems auf SAP S/4HANA beeinflusst, in deren Zuge Lieferantenrechnungen vorgezogen verarbeitet und ausgezahlt wurden. Ohne diesen stichtagsbezogenen Effekt hätte die Eigenkapitalquote 10,1 Prozent betragen. Zur nachhaltigen Verbesserung der Eigenkapitalquote wurden Maßnahmen zur Stärkung der Ergebnisentwicklung sowie zur Optimierung der Bilanzstruktur eingeleitet, deren Wirkung sich in den kommenden Jahren zeigen wird.

Die Rückstellungen sanken um 1,4 Millionen Euro auf 343,3 Millionen Euro (2024: 344,7 Millionen Euro). Die Reduktion setzt sich zusammen aus der Auflösung der Steuerrückstellung (minus 9,7 Millionen Euro) und der Reduktion der Pensionsrückstellungen (minus 4,2 Millionen Euro) auf der einen Seite und der Erhöhung der Rückstellungen für Überstunden und Urlaubsverpflichtungen (plus 4,2 Millionen Euro) sowie der Beihilferückstellung (plus 2,7 Millionen Euro) und der sonstigen Rückstellungen (plus 5,6 Millionen Euro) auf der anderen Seite.

Die Summe der Verbindlichkeiten ist im Berichtsjahr um 69,2 Millionen Euro auf 263,0 Millionen Euro (2024: 193,8 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr (2024: 34,7 Millionen Euro) um 65,5 Millionen Euro auf 100,2 Millionen Euro, was in der planungsgemäßen Inanspruchnahme zusätzlicher Investitionskredite sowie der Ausnutzung der eingeräumten Kreditlinien begründet ist.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten liegen um 28,1 Millionen Euro über dem Vorjahreswert bei 145,7 Millionen Euro (2024: 117,6 Millionen Euro). Diese beinhalten zum einen kundenfinanzierte Investitionen, vor allem in den Produkten des Standardersatzbedarfs in der Endgerätebetreuung und für den Netzausbau. Zum anderen wurden durch die Kunden Projekte und Entwicklungsaufträge vorfinanziert, deren Leistungen von Dataport im Wesentlichen im kommenden Wirtschaftsjahr zu erbringen sind.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2025 ist als stabil zu beurteilen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungsstatistik. Im Geschäftsjahr 2025 liegt der Anteil der Leistungen für Kundenaufträge und marktorientierte Projekte der internen Mitarbeitenden bei 74,8 Prozent (2024: 72,2 Prozent). Die sonstigen Zeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration) liegen entsprechend bei 25,2 Prozent (2024: 27,8 Prozent).

Ausblick, Chancen und Risiken

Dataport hat sich erfolgreich als öffentlicher IT-Dienstleister für die Verwaltung etabliert und wird diese auch zukünftig erfolgreich mit hochwertigen und wirtschaftlichen IT-Dienstleistungen unterstützen. Mit der im „Dataport Zielbild 2022–2026“ formulierten Vision und den umfangreichen Zielvorgaben hat Dataport einen Rahmen für die Entwicklung:

„Dataport ist ein öffentliches Unternehmen aus dem Norden, das sich agil in seinen internen und externen Strukturen und Prozessen an wachsenden Bedarfe der Kundinnen und Kunden ausrichtet. Dataport erbringt in Benchmarks erfolgreiche IT-Services – von Beratung über Entwicklung bis hin zum Betrieb als Full-Service-Provider nach den Kriterien Qualität, Sicherheit, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Dataport unterstützt als föderaler Kooperationsnukleus, Konsolidierungs- und Innovationstreiber die Digitalisierung und die Daseinsvorsorge. Dataport steht mit seinem Markenkern für Public Value und sichert die digitale Souveränität des Staates.“

Die Umsetzung des Zielbilds unterliegt einem laufenden internen Controlling. Dem Verwaltungsrat wird jährlich über die Umsetzung des Zielbilds berichtet. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 85 Maßnahmen zur Umsetzung des Zielbilds aufgesetzt, von denen 93 Prozent in 2025 abgeschlossen wurden. Die Bearbeitung von sieben Prozent der aufgesetzten Maßnahmen wird planmäßig 2026 fortgeführt.

Die Entwicklung von Dataport wird von den nachfolgenden Chancen und Risiken beeinflusst. Dataport managt die Risiken im Rahmen eines strategischen Risikomanagements. Das Risikomanagement erfolgt in Verbindung mit dem Management von Chancen und Zielen. Im Rahmen des Risikomanagements identifizieren Bereichs- und Stabsstellenleitungen die strategischen Risiken der Bereiche anhand eines standardisierten Verfahrens. Es wird zwischen Finanzrisiken, Technologierisiken, regulatorischen Risiken, Ressourcen-, Markt- und Kundenrisiken sowie Produkt- und Projektrisiken unterschieden. Die Risikobearbeitung durchläuft vier Phasen: Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung und Maßnahmenphase.

1. Ausblick und Chancen

In den kommenden Jahren sind folgende Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung von Dataport prägend:

- Nach der Bereitstellung von Onlinediensten folgen der Roll-out (EfA-Leistungen der Träger anderen Ländern bereitstellen) und der Roll-in (EfA-Leistungen anderer Länder für die Träger bereitstellen) von Onlinediensten nach dem EfA-Prinzip überwiegend bundesweit.
- Die Digitalisierung der Verwaltung wird mit der Registermodernisierung im Sinne eines One-Stop-Government fortgesetzt (vorausgefüllte Formulare).
- Der demografische Wandel macht die Automatisierung von Verwaltungsleistungen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung zwingend erforderlich. Dies wird auch mit Rechtsänderungen verbunden sein.
- Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Kommunen, Ländern und Bund wird eine weitere Konsolidierung der IT und die damit verbundenen Anfangsinvestitionen auf allen Ebenen erzwingen.
- Die Nachfrage nach Angeboten zur Unterstützung einer datengestützten Verwaltung wird steigen.
- Die Nachfrage nach Angeboten der künstlichen Intelligenz und der übergreifenden Datennutzung wird in der öffentlichen Verwaltung wachsen. Der erfolgreiche Einsatz von KI wird sich in Effizienz- und Produktivitätssteigerungen in der Verwaltung aber auch im internen Einsatz niederschlagen.
- Aus dem mobilen Arbeiten wird New Work: Dies erfordert einen Ausbau der technischen Infrastrukturen, die Bereitstellung von Webanwendungen und Investitionen in Aufbau und Ausstattung von geeigneten Kommunikationsflächen für hybride Veranstaltungen. Der Bedarf an reinen Büroflächen wird sich reduzieren.
- Die Nachfrage nach IT-Dienstleistungen, die angesichts der geopolitischen Lage die Resilienz der öffentlichen Verwaltung gewährleisten und die digitale Souveränität des Staates schützen, wird ansteigen.
- Mit der Automatisierung und Cloudifizierung seines Rechenzentrums (RZ 4.0) und der Modernisierung des Netzes im Rahmen des Programms Nordstern schafft Dataport die Voraussetzungen für digital souveräne Services für die öffentliche Verwaltung aus seinem cloudifizierten Rechenzentrum. Dataport ermöglicht seinen Kunden über ein Serviceportal die Nutzung souveräner IT-Dienstleistungen.
- Mit seinem Data-Center-Konzept aus seinem IT-grundschutzzertifizierten Rechenzentrum für die hoheitlichen Fachdomänen insbesondere von Steuer, Polizei und Justiz, leistet Dataport einen wichtigen Beitrag zur föderalen IT-Kooperation und zur IT-Konsolidierung, die eine Anziehungskraft auf weitere Kunden innerhalb und außerhalb des Trägerverbundes ausübt.
- Mit seinem Engagement für die Deutsche Verwaltungscloud und seiner Mitwirkung in der govdigital eG eröffnet sich Dataport im Interesse seiner Kunden Zugänge zu Lösungen anderer öffentlicher IT-Dienstleister aber auch die Platzierung der für den Norden erbrachten Dienstleistungen für andere Mitglieder der Genossenschaft als operativen Beitrag der föderalen IT-Kooperation.

2. Risiken

2.1 Generelle Risiken

- Eine weitere Zunahme der geopolitischen Risiken und eine erneut anwachsende Anspannung der globalen Beziehungen können die Nachfrage nach Investitionen in digital souveräne Systeme für die Verwaltung in Deutschland und Europa sprunghaft ansteigen lassen. Geopolitische Spannungen und Auseinandersetzungen (Ukraine-Krieg, US-amerikanische Zölle, Iran-Krieg usw.) verteuern Dienstleistungen, verstärken wirtschaftliche Unsicherheiten und unterstützen damit in Europa eine Fokussierung auf den europäischen Markt, europäische Partnerschaften und zunehmende Unabhängigkeitsbestrebungen von Ländern wie den USA und China. Die IT-Sicherheit und die Fähigkeit zur Bedienung großer Stückzahlen sind ein Alleinstellungsmerkmal der Lösungen von Dataport. Im Zuge der Umsetzung der Strategie der digitalen Souveränität nutzt Dataport seit Jahren seine vertraglichen Möglichkeiten zur Nutzung externer Ressourcen (Cloud-Broker-Vertrag), stärkt aber auch seine eigenen Ressourcen und richtet sie verstärkt auf die Nutzung von europäischen Open-Source-Lösungen aus.

- Es ergeben sich betriebswirtschaftliche Risiken bei der Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände (Netz 2025, RZ 4.0), wenn die erstellten Produkte oder Infrastrukturen nicht angenommen und genutzt werden. Dataport reagiert auf dieses Risiko mit einem laufenden und anlassbezogenen Controlling der kalkulierten Kosten- und Umsatzentwicklung. Die Business Cases werden mindestens jährlich überprüft beziehungsweise angepasst. In quartalsweisen Controlling-Gesprächen werden die Forecasts und die Ist-Entwicklungen überprüft.
- Der Ukraine-Krieg hat die Bedeutung von Resilienz und Krisenvorsorge in den Vordergrund gerückt. Als Betreiber kritischer Infrastruktur ist Dataport in besonderer Weise gefordert. Die jahrelange Erfahrung mit der Umsetzung von IT-Grundsicherheit sowie der seit Jahren betriebene Aufbau des Security Operations Center zählen auf die Anforderung ein, vermehrten und aggressiveren Cyberangriffen zu begegnen und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung absichern zu können. Die Notwendigkeit erhöhter Resilienz und Krisenvorsorge hat den Blick aber auch auf weitere Abhängigkeiten gerichtet, wie beispielsweise die zuverlässige Lieferung von Prozessoren von der Produktion über die Lieferkette oder die Gewährleistung der Stromversorgung und der Telekommunikation, für die jeweils Vorsorge zu denken und zu organisieren ist. Während früher in den Szenarien lediglich dem Ausfall eines lokalen Rechenzentrums oder einer zufällig gekappten Stromleitung zu begegnen war, stehen heute umfassendere Szenarien wie Blackouts und gezielte Angriffe auf Knoten der Infrastrukturen im Mittelpunkt. Dataport versteht sich als ein Element einer gesamtgesellschaftlichen Risikovorsorge und richtet sich auf derartige Szenarien ein.
- Die angespannte Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen sowie der absehbar steigende Konsolidierungsdruck können zu einer stärkeren Priorisierung öffentlicher Ausgaben führen. Hieraus ergibt sich das Risiko, dass Investitionen in IT-Projekte verzögert, reduziert oder nur an der Haushaltslage und nicht an den Investitionsbedarfen ausgerichtet werden.
- Aufgrund der schrumpfenden IT-Budgets bei gleichzeitig steigenden Anforderungen besteht die Herausforderung, die Qualität der zu erbringenden IT-Leistungen kontinuierlich zu verbessern, um den zunehmenden Erwartungen der Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Dazu hat Dataport das System für Kunden- und Nutzerbefragungen über alle Produkte und Leistungen fortgeführt. In einem eigenen Projekt werden gezielte Maßnahmen verfolgt, um die Prozesse im Interesse der Kunden weiter zu verbessern.
- Steigende Personalaufwendungen infolge tariflicher Entwicklungen sowie erhöhte Betriebs- und Energiekosten führen zu einem anhaltenden Kostendruck. Die Möglichkeiten zur Weitergabe dieser Kostensteigerungen an die Träger sind begrenzt, sodass sich hieraus Risiken für die Ergebnisentwicklung ergeben können.
- Verzögerungen in der Fakturierung sowie zahlungsflussbedingte Effekte im Zuge der Umstellung auf SAP S/4HANA haben zu temporären Liquiditätsbelastungen geführt. Die Sicherstellung der Liquidität erfordert einen erhöhten Steuerungsbedarf.
- Die Eigenkapitalquote steht durch Investitionen sowie die Inanspruchnahme von Fremdkapital unter Druck. Eine anhaltend niedrige Eigenkapitalquote kann die finanzielle Flexibilität einschränken und sich nachteilig auf die zukünftige Finanzierungssituation auswirken. Zur Gegensteuerung werden Maßnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung der Eigenkapitalquote umgesetzt. Dazu zählen insbesondere eine konsequente Kostendisziplin, die Stärkung der Ergebnisentwicklung, die Priorisierung von Investitionen sowie die Optimierung der Bilanzstruktur und des Working Capital. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen.
- Die Umsetzung strategischer Programme zur Modernisierung der IT-Infrastruktur sowie zur Automatisierung und Cloudifizierung ist mit Risiken hinsichtlich Zeit, Kosten und Zielerreichung verbunden. Verzögerungen oder Zielabweichungen können die angestrebten Effizienzgewinne beeinträchtigen.
- Vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Marktumfelds besteht das Risiko, dass notwendige Effizienzsteigerungen, Standardisierungen und Produktivitätsverbesserungen nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit umgesetzt werden.
- Nach der pandemischen Erfahrung stabilisiert sich die Praxis des mobilen Arbeitens auf einem hohen Niveau. Um dies und hybride Arbeitsformen zu ermöglichen, aber auch gleichzeitig dem Bedarf nach sequenzieller Zusammenarbeit auf der Fläche zu decken, sind die unterstützenden Infrastrukturen und Lösungen fortlaufend anzupassen. Der Flächenbedarf pro Beschäftigten wird wegen der Ausweitung des mobilen Arbeitens abnehmen, aber der Bedarf an modernen Kommunikationsflächen wird zunehmen und der Steuerungsbedarf im Flächenmanagement steigen.

- Aufgrund der geopolitischen Lage sind die weltweiten Lieferketten gefährdet. Dataport reagiert im Rahmen seiner Möglichkeiten auf diese Entwicklungen mit vertraglichen Absicherungen.
- Wie schon zu Beginn des Ukraine-Kriegs besteht infolge kriegsrischer Auseinandersetzungen und einer zunehmenden Binnenorientierung das Risiko eines erneuten Anstiegs der Energiekosten. Insbesondere der Nahost-Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Staat Israel einerseits sowie der Islamischen Republik Iran andererseits erhöht seit Ende Februar 2026 den Druck auf Lieferketten und Energiekosten. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung nicht mehr durch weitere Produktivitätssteigerungen zu kompensieren ist und sich in erhöhten Preisen niederschlagen muss.

2.2 Personalrisiken

Die demografische Entwicklung bewirkt einen IT-Fachkräftemangel. Zur Risikominimierung wurden eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, wie zum Beispiel die Erweiterung des Ausbildungskonzepts, Employer-Branding-Kampagnen, Recruiting, Durchführung von Personalplanungs-Workshops und der Ausbau des Ausbildungsportfolios sowie von Hochschulk Kooperationen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab sowohl das Engpassrisiko (Verfügbarkeit von Kompetenzen) als auch das Anpassungsrisiko (Weiterentwicklung bestehender Kompetenzen) systematisch zu adressieren. Dataport erreicht in von unabhängigen Instituten durchgeführten Umfragen hervorragende Plätze unter den IT-Arbeitgebern in Deutschland. Der kununu-Score von Dataport lag in den letzten zwei Jahren durchschnittlich bei 4,2 Punkten. Die Weiterempfehlungsrate lag bei 89 Prozent (90 Prozent in 2024) und damit deutlich über dem Durchschnitt der IT-Branche von 73 Prozent im Jahr 2025.⁹ Diese Kennzahlen sind ein Indikator für ein vergleichsweise gering ausgeprägtes Austrittsrisiko sowie

ein stabiles Motivationsniveau. Gutes Personal zu bekommen und zu halten, erfordert erhöhte Aufwendungen an Zeit und Geld. Vor diesem Hintergrund steigt die Relevanz einer integrierten und datenbasierten Personalsteuerung, die es ermöglicht, Personalrisiken frühzeitig transparent zu machen und gezielt zu steuern. Die tarifpolitischen Eigenlogiken führen dazu, dass im Tarifsysteem „der Bauch staucht“. Im Vergleich zur Privatwirtschaft wird die Übernahme von Führungsverantwortung sowie von fachlicher Exzellenz im Tarifsysteem nicht ausreichend entlohnt, sodass dadurch strukturelle Risiken entstehen. Dataport hat auf diese Entwicklung auf der Basis des Tarifvertrags der Länder unter Berücksichtigung seiner strukturellen Besonderheiten reagiert. Gleichzeitig bleibt die Herausforderung bestehen, tarifliche Rahmenbedingungen mit strategischen Anforderungen an Kompetenzaufbau, Führungsqualität und Marktattraktivität in Einklang zu bringen. Hervorzuheben ist, dass erstmalig Rahmenbedingungen für eine individuell zu gestaltende zeitlich begrenzte Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit vereinbart worden sind, die bei einem betrieblichen Bedarf und auf freiwilliger Basis der Beschäftigten genutzt werden können. Im Jahr 2025 haben über 350 Mitarbeitende dieses Angebot zur Erhöhung der Arbeitszeit auf 40, 41 oder 42,5 Stunden pro Woche genutzt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Gewerkschaften wird diese Regelung verlängert werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Bestand des Unternehmens stabil ist. Dataport erfüllt seinen gesetzlichen Auftrag. Seit der Gründung konnten Synergien für die Träger erwirtschaftet werden.

⁹ Interne Quelle (Auswertung kununu)

Wirtschaftlicher Ausblick

Die geplante mittelfristige Umsatzentwicklung sieht eine Steigerung von 2026 bis 2030 um 240,3 Millionen Euro auf eine Höhe von 1.841,1 Millionen Euro vor. Für das Geschäftsjahr 2026 wird mit Umsatzerlösen von 1.600,8 Millionen Euro gerechnet.

Die erwarteten Jahresüberschüsse von 2026 bis zum Jahr 2030 kumulieren sich auf 34,1 Millionen Euro und sollen, in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bilanzsumme, bis 2030 zu einer Eigenkapitalquote von 11,5 Prozent führen. Das geplante Unternehmensergebnis für 2026 liegt bei 6,5 Millionen Euro.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 sieht für die Personalkapazität sowohl eine nachfrage-indizierte als auch eine strategische Steigerung aufgrund der demografischen Entwicklung vor. Für die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird ein Anstieg um zehn Prozent auf 6.219 FTE erwartet. Der Personalaufwand soll sich entsprechend um 77,0 Millionen Euro erhöhen.

Der Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2026 sieht ein Investitionsbudget in Höhe von rund 114,5 Millionen Euro vor.

Für die Umsetzung der geplanten Investitionen sowie zur Sicherstellung der operativen Liquidität wird eine deutliche Ausweitung des Kreditrahmens erforderlich. Während bislang für das Jahr 2026 eine Gesamtkreditaufnahme von 198,8 Millionen Euro vorgesehen war, wird sich der notwendige Finanzierungsrahmen – unter Berücksichtigung operativer Liquiditätsbedarfe, Investitionstätigkeiten und vorhandener kurzfristiger Finanzierungslinien – auf zunächst 300 Millionen Euro erhöhen und soll im Verlauf des Jahres gegebenenfalls auf bis zu 400 Millionen Euro aufgestockt werden. In diesem Betrag ist auch die erforderliche Inanspruchnahme kurzfristiger Finanzierungslinien, insbesondere des Kontokorrents, enthalten.

Bei geplanten Umsatzerlösen von rund 1,6 Milliarden Euro entspräche ein Finanzierungsrahmen von 400,0 Millionen Euro etwa 25 Prozent der Umsatzerlöse. Im Vergleich zur bisherigen Planung (198,8 Millionen Euro beziehungsweise 12,4 Prozent der Umsatzerlöse) würde sich die Finanzierungsquote damit nahezu verdoppeln. Gegenüber dem Jahr 2025 (9,6 Prozent) ergäbe sich ein Anstieg um 15,4 Prozentpunkte.

Das großvolumige operative Geschäftsmodell erklärt einen Teil dieses Finanzierungsbedarfs durch zeitliche Verschiebungen zwischen Leistungserbringung, Abrechnung und Zahlungseingang, durch Investitionstätigkeiten sowie durch operative Vorfinanzierungsbedarfe.

Um die Liquiditätslage nachhaltig zu stabilisieren, werden verschiedene Maßnahmen umgesetzt. Dazu zählen insbesondere strukturelle und prozessuale Anpassungen im Finanzierungs- und Forderungsmanagement sowie eine gezielte Gegenfinanzierung der Vorfinanzierungsbedarfe. Ergänzend werden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Verbesserung verfolgt und – sofern erforderlich – auch weitergehende, gegebenenfalls restrukturierende Schritte vorbereitet.

Das Unternehmen stellt sich mit den getroffenen und geplanten Maßnahmen gut auf, um die zukünftigen Anforderungen erfolgreich zu meistern und die wirtschaftliche Entwicklung positiv zu gestalten. ■

Personal

Personalkapazität

	Anzahl im Jahres- durchschnitt
Vorstand	4
Beamte/Beamtinnen	253
Beschäftigte	5.667
Gesamt	5.924

Personalaufwand

	EUR
Pesonalaufwand gesamt	572.317.657
Dr. Johann Bizer	363.999
Torsten Koß	309.960
Andreas Reichel	289.684
Silke Tessmann-Storch	281.455
Cristina Tuik ¹	86.861

¹ Vorständin seit 15. September 2025

Bilanz

Aktiva	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	166.577
Sachanlagen	296.595
Finanzanlagen	138.776
Vorräte	1.845
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	158.195
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	676
Rechnungsabgrenzungsposten	68.472
Ergebnis Aktiva	831.136

Passiva	TEUR
gezeichnetes Kapital	51.000
Kapitalrücklagen	11.190
Satzungsmäßige Rücklage	10.082
Jahresüberschuss	6.923
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	205.766
Sonstige Rückstellungen	137.486
Verbindlichkeiten	262.997
Rechnungsabgrenzungsposten	145.692
Ergebnis Passiva	831.136

Gewinn- und Verlustrechnung

	TEUR
Umsatzerlöse	1.529.792
andere Erträge	38.509
Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	170
Erträge gesamt	1.568.471
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	133.810
Bezogene Leistungen	682.909
Personalaufwendungen	572.318
Abschreibungen	94.390
Zinsaufwendungen	8.533
Andere Aufwendungen	69.588
Aufwendungen gesamt	1.561.548
Jahresüberschuss	6.923

Bericht des *Verwaltungsrats*

Die weltpolitische Lage war auch im Jahr 2025 von Unsicherheiten und geopolitischen Spannungen geprägt. Internationale Konflikte, Transformationsprozesse und protektionistische Tendenzen beeinflussen Staaten, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen gleichermaßen. Deutschland steht weiterhin vor der Herausforderung, wirtschaftliche Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und digitale Handlungsfähigkeit unter den sich wandelnden globalen Rahmenbedingungen zu sichern. Steigende Energie- und Rohstoffkosten, volatile Lieferketten und internationale Krisen wirken sich auf Investitionen, Innovationen und Infrastrukturen aus.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die digitale Souveränität, Cybersicherheit und resiliente IT-Strukturen weiter an strategischer Bedeutung. Cyberangriffe auf staatliche Einrichtungen, kritische Infrastrukturen und Unternehmen nehmen sowohl in ihrer Komplexität als auch in ihrer Häufigkeit zu. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Krisenvorsorge, Ausfallsicherheit und die Fähigkeit öffentlicher IT-Dienstleister, auch unter erschwerten Bedingungen stabile und sichere Services bereitzustellen. Dataport unterstützt seine Trägerländer und Kunden als verlässlicher Partner bei der Stärkung digitaler Resilienz und der Umsetzung moderner Sicherheits- und Schutzkonzepte.

Die Entwicklung künstlicher Intelligenz schafft neue Potenziale für Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. KI-Anwendungen beschleunigen Prozesse und verbessern digitale Dienstleistungen. Gleichzeitig steigen durch den erhöhten Bedarf an Rechenzentren, Chips und Speichertechnologien die Kosten, und der Wettbewerb verschärft sich. Die Balance zwischen Innovation, Wirtschaftlichkeit und nachhaltigem Ressourceneinsatz zählte 2025 zu den zentralen Herausforderungen. Dataport setzt hierbei auf verantwortungsvollen KI-Einsatz und nachhaltige Betriebsmodelle.

Der Verwaltungsrat hat die Tätigkeit von Dataport regelmäßig überwacht und den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten. Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2025 in vier Verwaltungsratssitzungen schriftlich und mündlich über die Lage und die Entwicklung von Dataport und über wesentliche Geschäftsvorgänge berichtet sowie mit dem Verwaltungsrat die strategische Ausrichtung von Dataport erarbeitet. Darüber hinaus wurde Mitte September der Vorstand um ein Mitglied erweitert. Cristina Tuik übernahm den neu geschaffenen Posten der Chief Operating Officer und verantwortet seither den Bereich Ressourcen.

Nach Beauftragung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats sind der Jahresabschluss und der Lagebericht 2025 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben den Jahresabschluss und den Lagebericht 2025 beraten. Einwendungen sind gegen das Prüfergebnis nicht erhoben worden. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2025 einschließlich Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 26. Juni 2026 gebilligt. In dieser Sitzung wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den vielen engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den zahlreichen Standorten von Dataport ganz ausdrücklich für die geleistete Arbeit.



Jan Pörksen
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Mitglieder des *Verwaltungsrats*

Jan Pörksen

Staatsrat und Chef der Senatskanzlei, Freie und Hansestadt Hamburg Verwaltungsratsvorsitzender

Dirk Schrödter

Minister und Chef der Staatskanzlei Schleswig-Holstein
Stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender

Michael Richter

Finanzminister und seit 28. Januar 2026 auch Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Martin Hagen

Staatsrat beim Senator für Finanzen,
Freie Hansestadt Bremen

Oliver Vree

Ministerialdirigent beim Niedersächsischen Finanzministerium

Ina-Maria Ulbrich (bis 22. Juli 2025)

Staatssekretärin im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung, Mecklenburg-Vorpommern

Marco Anschütz (seit 10. November 2025)

Ministerialdirigent im Ministerium für Finanzen und Digitalisierung, Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Sönke Schulz (bis 9. November 2025)

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Folke Heise

Personalratsvorsitzende von Dataport, Altenholz

Jeder Träger und der Personalrat entsenden gemäß Satzung ein Mitglied sowie ein stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat. Scheidet ein ordentliches Mitglied aus, wird es solange durch das stellvertretende Mitglied repräsentiert, bis ein neues ordentliches Mitglied benannt ist.

Impressum

Herausgeber

Dataport AöR
Altenholzer Str. 10–14
24161 Altenholz
www.dataport.de

Kontakt

Telefon 0431 3295-0
poststelle@dataport.de

Redaktion

Britta Heinrich (v. i. S. d. P.), Julia Kobert, Julia Mengeler, Dr. Katrin Viertel, Kirsten Wohlfahrt

Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

Bildnachweis

S. 5–7: Timo Wilke | S. 8: alexdndz/stock.adobe.com | S. 10: Dataport |
S. 11: alexdndz/stock.adobe.com | S.13: Hurca!/stock.adobe.com | S. 14–15: Dataport |
S. 17: LENI/stock.adobe.com | S. 19: Nasir/stock.adobe.com | S. 21: alexdndz/stock.adobe.com |
S. 23: VectorMine/stock.adobe.com | S. 25: Dataport; naufal/stock.adobe.com |
S. 27: ARISKA/stock.adobe.com | S. 29: Iconic Prototype/stock.adobe.com |
S. 30: Jack/stock.adobe.com

